

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 277.

Sonntag, den 26. November 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Aufsteigende Wolken.

Die Jahre bald dauert der wirtschaftliche Aufschwung. Das deutsche Kapital hat riesenprofite eingeholt; die Arbeiterklasse hatte wenigstens Lohn und Brod. Wir stehen zur Zeit in der Mittagsstunde der Gründungen; überall erstehen neue, große industrielle Anlagen, das Baugeschäft florirt, die Banken verdienen Geld wie Heu. Aber am fernem Horizont steigt eine Wolke auf wie eines Mannes Hand, und kundige Wetterpropheten zerbrechen sich die Köpfe, ob sie vielleicht der Vorbote eines hereinbrechenden Ungewitters, einer wirtschaftlichen Krise sei.

Der „Deutsche Oekonomist“ schrieb dieser Tage — und der Londoner „The Economist“ äußerte sich in dem ähnlichen Sinne —, daß es mit der günstigen Lage unserer Industrie wohl am längsten gedauert habe. Es heißt dort:

„Noch zwar lauten die Berichte über den Gang der Industrie durchweg günstig, und wir wollen uns kein Urtheil darüber gestatten, wie lange dieser günstige Zustand noch dauern kann; aber das ist doch zweifellos, daß es sich immerhin hierbei nur um eine verhältnißmäßig kurze Zeit handeln kann, die auch der größte Optimist wohl nicht über ein bis zwei Jahre in Aussicht nimmt, die der Pessimist aber nur nach Monaten bemißt. Jedenfalls ist nach dem immensen Aufschwung der industriellen Leistungsfähigkeit, welche der dauernden Verbrauchsfähigkeit weit vorausgeeilt ist, eine Periode zu erwarten, welche dem Ausgleich zwischen Produktion und Konsum gewidmet ist und alle Merkmale einer Krise an sich trägt.“

Derartige Notizen in Börsenblättern sind im Allgemeinen nicht tragisch zu nehmen, da sie häufig genug tendenziös gefärbt, auf die Einleitung irgend welcher finanzieller Transaktionen berechnet sind. Einen weit sichereren Maßstab giebt jedoch das Verhalten der Börse selbst.

Und da sind es zwei Ereignisse, welche in diesen Tagen die Gründungswuth etwas abgekühlt haben. Das erste ist die Erhöhung des Diskonts an der Deutschen Reichsbank. Der Präsident der Reichsbank, Koch, hat die Nothwendigkeit, den Zinsfuß zu erhöhen, mit dem Bedürfnis begründet, „die ungewöhnlich gewachsenen Ansprüche zu mäßigen.“ Das hat er, wie der finanzielle Wochenbericht der Wiener „Neuen Freien Pr.“ ausweist, öffentlich gesagt, heimlich soll er sich jedoch viel klarer ausgesprochen haben. Man erzählt in Berlin, daß die Einreichungen der Finanzinstitute bei der Deutschen Reichsbank am Schlusse des Monats September fünfundsiebzig Millionen Mark betragen haben. Präsident Koch soll gefunden haben, daß die Summe zu hoch sei. Er forderte, daß die Anspannung des Kredits beschränkt werde, und drohte mit der Zurückweisung von Finanzwechseln. Der Geldmangel mag in diesem Grade nur vorübergehend sein und sich im Frühling wieder mildern; gewiß ist, daß die Banken in Berlin in ihrer jetzigen Größe eine ganz neue Erscheinung sind. Sechs Institute allein, die Diskontogesellschaft, die Deutsche Bank, die Darmstädter Bank, die Dresdener Bank, die Handelsgesellschaft, der Schaffhausen'sche Bankverein haben zusammen ein Aktienkapital von nahezu sechshundert Millionen Mark. Wer kann in diese Gebirge von Geld und Forderungen, in alle diese Zweiganstalten und über die Welttheile verstreuten Interessen hineinsehen! Nicht einmal die Direktoren und Aufsichtsräthe. Die Ausstände der deutschen Kreditinstitute haben die Höhe von zweieinhalb Milliarden, und selbst dem geübtesten Auge wird es nicht leicht werden, einen Ueberblick zu gewinnen und zu einem sicheren Urtheile zu kommen. Die Banken sämtlicher Länder können sich an Summe des Kapitals und der Geschäfte mit den deutschen Instituten nicht messen.

Auf die Bedenken, welche diese fast unübersehbaren Geldgeschäfte erregen müssen, wird von unterrichteter Seite auch das Scheitern des Plans einer Verschmelzung der großen Elektrizitätsgesellschaften Doewe-Schüdert zurückgeführt. Ja, man munkelt sogar davon, daß in allerjüngster Zeit das Eintreten eines großen Krachs nur durch das Eingreifen der hohen Finanz abgewendet worden sei.

Ein zweites Ereignis, daß die Börse dieser Tage verblüfft und beunruhigt hat, ist die auffällige Zurückhaltung

des Hauses Rothschild in Frankfurt a. M. gegenüber der Berliner Diskontobank. Die Berliner Diskontogesellschaft vermehrte ihr Kapital um fünfzehn Millionen Mark und die neuen Aktien sollten auch in Frankfurt notirt werden. Das deutsche Gesetz schreibt vor, daß die Antragsteller dem Gesuch um Zulassung von Wertpapieren zum Handel einen Prospekt beilegen, für dessen Inhalt sie verantwortlich sind. Die Mitglieder der Frankfurter Börse waren nun nicht wenig erstaunt, als die Unterschrift des Hauses Rothschild auf dem Prospekt und Gesuch fehlte. Die große Firma hat ihre Mitwirkung dem seit vielen Jahren befreundeten Institut verweigert und wollte nicht Pathin der neuen Diskontobank sein. Vor zwei Jahren noch hat das Haus Rothschild einem ähnlichen Ansuchen der Diskontobank unbedenklich entsprochen. Es ist begreiflich, daß dieser Vorfall in der Geschäftswelt eifrig kommentirt wird. Das Haus Rothschild ist dafür bekannt, daß es nur durchaus solide Geschäfte macht und sich auf zweifelhafte Spekulationen grundsätzlich niemals einläßt. Der Chef des Hauses arbeitet nach altbewährten, in unserer unternehmungslustigen Zeit fast veralteten Grundsätzen. Um so bedenklicher erscheint in diesem Augenblick seine Zurückhaltung.

Es ist begreiflich, daß diese beiden Ereignisse nicht allein von Pessimisten als Sturmvoegel eines herannahenden Krachs gebräutet werden. Aus der Erhöhung des Diskonts der Reichsbank haben die kleinen Banken in der Provinz sofort die Konsequenzen gezogen, sie haben auch ihrerseits den Zinsfuß erhöht. So sandte die Mannheimer Bank (A. G.) an ihre Kunden ein Zirkular, in welchem denselben eine Zinsberechnung für geliehene Kapitalien von 6 1/2 pCt. pro Jahr angekündigt wird. Rechnet man hierzu noch 1/4 pCt. Provision von halbjährigem Umsatz, so hat der Schuldner 7 pCt. Zinsen an die Bank zu zahlen.

Man muß aber ja nicht glauben, daß dieser horrenden Zinsfuß ein Risiko irgend welcher Art zur Ursache hat, vielmehr hat die Bank für derartige Darlehen von den Schuldnern volle Sicherheit, entweder in Depots, bestehend aus den besten Wertpapieren oder erstklassigen Hypotheken oder aber endlich auch prima Bürgschaften. Dagegen zahlt die Bank ihrerseits ihren Kunden für eingezahltes Geld, rückzahlbar jeder Zeit 2 1/2 pCt. (sogenannter Chekverkehr), in Verrechnung dagegen 4 pCt. Die Bank verdient also bei dem jetzigen Stand die Hälfte.

Man sieht: Die Banken sehen sich vor für alle Fälle. Dauert der Geldmangel recht lange an und endet gar mit einer völligen Geschäftsstockung, einer Krise, so haben die Banken zuvor ihr Schäfchen in's Trockene gebracht; sie vertheilen dann riesige Dividenden und das mobile Kapital ist das einzige Institut, welches bei dem allgemeinen finanziellen Zusammenbruch noch Geschäfte macht; ganz ähnlich wie im Jahre 1870 die Bank von Frankreich bei dem nationalen Unglück Frankreichs riesige Gelder verdient hat und damals höhere Dividenden vertheilen konnte als je zuvor.

Den Schaden haben in erster Linie die industriellen Unternehmungen, welche ihre Kapitalien hoch verzinsen müssen, und am Empfindlichsten ist dies natürlich für den kleinen Geschäftsmann. Der Industrie jedoch fällt es nicht ein, den erwachsenen Schaden aus eigener Tasche zu zahlen; sie wird sofort versuchen, diesen auf die Arbeiter abzuwälzen. An der Schwelle einer Krise stehen sofort schwere Lohnkämpfe, und es wird sich zu weisen haben, ob die Arbeiterorganisationen stark genug sind, dieselben erfolgreich durchzusetzen. In den fetten Jahren sind die Profite in den Taschen der Kapitalisten verschwunden; wenn die mageren Jahre kommen, sollen natürlich die Arbeiter das ausbaden, was sich nur als die unausbleibliche Folge wahnwitziger Spekulationen und unerfährlicher Bereicherungssucht herausstellt. Nach der Religion des Kapitalismus dürfen die Sünden des Kapitals nur an den Arbeitern gerächt werden.

Noch ist es Zeit für die deutsche Arbeiterschaft, ihre Organisationen zu stärken, ihre Reihen zu füllen für den hereinbrechenden Kampf. Nur eines ist dem Arbeiter gegeben, wodurch er sich der Rückschläge der anarchischen Produktionsweise des Kapitalismus erwehren kann: der gewerkschaftliche Zusammenschluß, die Organisation. Kein Wunder, daß gerade jetzt die Wölfe des Kapitals die Zähne fleischen und dem Arbeiter

auch diese letzte Waffe gerne entreißen möchten. Die Arbeiter müssen daraus die Lehre ziehen, daß ihnen bald ein Existenzkampf droht, wie vielleicht noch keiner gewesen ist, und sich zu diesem großen Gange rüsten.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Bundesrath genehmigte Donnerstag die Ausschussberichte über die Entwürfe des Etats für den Reichszentraler, die Reichskasse, das Reichsamt des Innern, das Reichsschatzamt, das Reichseisenbahnamt und den Rechnungshof des Deutschen Reiches, ferner den mündlichen Bericht über die Vorlage wegen Abänderung der Ausführungsvorschriften zu dem Gesetze vom 10. Mai 1893 betr. die Unterstufung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften.

Für das Reichsversicherungsamt ist im Etat für 1899 die Bildung einer neuen Spruchkammer vorgesehen. Zugleich soll ein weiterer (19.) Sitzungstermin für Rekursachen in der Woche gebildet werden. Sodann soll bei der Bedeutung der fortgeschrittenen Ausdehnung, welche die chemische Industrie und die Elektrotechnik in den letzten Jahren gewonnen haben, zur Erledigung der mit diesen Industriezweigen in Beziehung stehenden technischen Arbeiten des Reichsversicherungsamts (Unfallverhütungsvorschriften, Katasterentscheidungen, Tarifbeschwerden) ein auf diesen Spezialgebieten vorgebildeter und erfahrener Techniker als ständiges Mitglied in die Behörde berufen werden. Es sind bereits jetzt zwei Techniker vorhanden, welche aber überwiegend in der Maschinenkunde und im Baufach vorgebildet sind.

Die Etats für die Aenderungen in der Organisation des Reichsheeres sind dem Bundesrath zugegangen, nebst einer Uebersicht der Etatsstärke des deutschen Heeres nach den für 1899 geplanten Organisationsänderungen. Für Preußen werden dadurch neue dauernde Ausgaben von ca. 5 Millionen von etwa 28 Millionen bedingt, für Sachsen 1 1/2 bezw. 10 Millionen. Es werden u. A. neue Kasernen gefordert für Allenstein (1 000 000 Mk.), Gumbinnen, Trier und Dtsch. Eylau (je 1 Million), für Hanau (2 400 000 Mk.) und für Langfuhr bei Danzig (2 Millionen). Zunächst sind nur die ersten Raten von je 400 000 Mk. eingesetzt. Ferner erhält Leipzig eine Feldartillerie-Regiments-Kaserne (2 400 000 Mk.) und eine Train-Bataillons-Kaserne (1 200 000 Mk.), sowie Würzen eine Kaserne für ein Artillerie-Regiment (2 400 000 Mk.), Chemnitz für ein Infanterie-Regiment (2 400 000 Mk.) und Riesa für ein Pionier-Bataillon (1 300 000 Mk.) Auch hier werden, wie üblich, zunächst nur die ersten Raten angelegt. In Dresden soll die Train-Kompagnie-Kaserne erweitert werden für eine fahrende Abtheilung der Feldartillerie. In Leipzig wird infolge Verstärkung der Garnison um ein Feldartillerie-Regiment und ein Train-Bataillon die Erweiterung des Exerzierplatzes erforderlich. — Sollte das Alles sein? Steuerzahler, thut Geld in Euren Beutel!

Ueber die Veranstellung einer Südpolar-Expedition mit Unterstützung des Reiches finden, der „Nat. Ztg.“ zufolge, innerhalb der Reichsverwaltung Vorbereitungen statt. —

Das Reichsbank-Gesetz wird nach offiziöser Notiz eine der ersten gesetzgeberischen Vorlagen sein, die den Reichstag in seiner nächsten Tagung beschäftigen werden. Nach § 41 des Gesetzes vom 14. März 1876 behält sich das Reich vor, zuerst zum 1. Januar 1891, alsdann von zehn zu zehn Jahren, also 1901, nach vorausgegangenem einjähriger Ankündigung entweder die auf Grund des Bankgesetzes errichtete Reichsbank aufzuheben und deren Grundstücke gegen Erstattung des Buchwerthes zu erwerben oder die sämtlichen Antheile der Reichsbank zum Nennwerthe zu erwerben. Zur Verlängerung der Kündigungsfrist ist die Zustimmung des Reichstages erforderlich. — Die Agrarier streben bekanntlich nach Verstaatlichung der Reichsbank. Sie verfolgen aber dabei lediglich egoistisch agrarische Absichten. Die Regierung wird sich auf ihr Verlangen nicht einlassen.

Die zweijährige Dienstzeit wieder theilweise rückgängig zu machen, sind die pensionirten Offiziere in ihrer Eigenschaft als Militärkorrespondenten jetzt überaus geschäftig. So macht in der „Rhein. Westf. Ztg.“ ein solcher Herr den Vorschlag, bei der Entlassung des zweiten Jahrganges für die Zeit bis zur folgenden Rekrutenbesichtigung eine Anzahl, etwa zehn, der besten Leute pro

Kompagnie zurück zu behalten. Eine Entschädigung könne denselben in der Form eines besonderen Zuschusses gewährt werden oder dergestalt, daß ihnen die Zeit bei ihrer Reserveverpflichtung angerechnet wird. — Eine sonderbare Belohnung für die zehn Besten von jeder Kompagnie!

Zum Lippe-Handel schreibt F. Mehring in der „Neuen Zeit“:

„Was die Arbeiterklasse anbetrifft, so kann sie sich natürlich so wenig für das Erbrecht der Biekerfelder, wie für das Erbrecht der Schaumburger, so wenig für das Telegramm des Kaisers an den Grafen Regenten von Lippe, wie für die Denkschrift des Grafen Regenten von Lippe an die deutschen Bundesstaaten begeistern. Alle diese, auf dem Boden des Fürstenrechts geschriebenen Streitigkeiten liegen hinter ihr in weitem Abstand. Ihr einziges Interesse daran besteht in der Frage, ob und wie die tatsächlich bestehenden Machtverhältnisse im deutschen Reich dadurch verschoben werden können. Bindet sich die Berliner Regierung im Augenblick, wo sie neue schwere Schläge gegen die Arbeiterklasse plant, ganz unabhingiger Weise eine Aute, indem sie den dynastischen Partikularismus gegen sich wachruft, so ist das eine Sache, die beachtet werden muß, etwa so wie Vassalle einmal angesehen hat, daß die oppositionelle Politik einer Volkspartei immer auch die auswärtigen Konflikte der Regierung mit in ihre Rechnung zu stellen habe. Nicht aber darf das Klassenbewußte Proletariat die geringste Förderung seiner Ziele von dem dynastischen Partikularismus erwarten, den der Graf-Regent von Lippe in vorausichtlich nicht erfolgloser Weise angewiesen hat. Mögen sich die unentwegten Mannen des Freisinn um die Kriegsfähigkeit des Biekerfelders sammeln, so wird die zweite Auflage des Wajunger Krieges (ein „Krieg“, welcher zwischen Gottha und Weimern um die Mitte des 18. Jahrhunderts über eine Frage der Ebenbürtigkeit geführt wurde) keine proletarische Gardemannschaft erscheinen sehen, durch deren Verlust in die Mächtigkeit der dynastischen Partikularismus, genau wie anno dazumal durch den Verlust der Weimarer Garde, seinen Frieden mit Verlu machen könnte und würde.“

Mit anderen Worten: einen treulosen und unzuverlässigen Bundesgenossen, als den dynastischen Partikularismus, könnte das Proletariat überhaupt nicht finden. Hinter den zerfallenen Schanzen dieses historischen Gespenstes Schutz zu suchen vor der Berliner Reaktion, hieße so ziemlich die verkehrteste Politik treiben, die das Klassenbewußte Proletariat überhaupt treiben könnte. Eine solche Politik würde allen großen Ueberlieferungen der Partei in der nationalen Frage direkt im Gesicht schlagen, den guten Bismarck noch im Grabe als einen wahrhaft genialen Staatsmann reklamieren und auf den sturillen Versuch hinauslaufen, den Sturm auf dem Weltmeere abtanzen zu lassen vor einem Sturm im Glase Wasser.“

Ueber den Ausfall der Ernte im ganzen deutschen Reich schreibt das Statistische Amt im „Reichsanzeiger“: Der diesjährige Ertrag an Hafer übertrifft mit 16,9 dz pro Hektar den des Vorjahres um 18,2 pCt. und den Mittelsertrag der letzten fünf Jahre um 16,6 pCt. Der Ertrag an Kartoffeln übertrifft mit 119,2 dz pro Hektar den des Vorjahres um 8,3 pCt., den Mittelsertrag der letzten fünf Jahre aber nur um 1,9 pCt. Auch die Erträge der Kleefelder und der Wiesen werden in diesem Jahre höher als in jedem der fünf Vorjahre geschätzt. Der Hektar-Ertrag an Alee (auch Luzerne), in Heu eingeschlagen, alle Schnitte zusammen, übertrifft mit 53,9 dz den des Vorjahres um 4,7 pCt. und den Mittelsertrag der letzten fünf Jahre um 29,6 pCt., und der Heuertrag der Wiesen mit 43,8 dz pro Hektar den des Vorjahres um 2,3 pCt. und den Mittelsertrag der letzten fünf Jahre um 22,0 pCt. Bei allen Früchten, für welche an dieser Stelle im September, Oktober und November Ernteschätzungen mitgeteilt wurden, also auch Weizen und Roggen, sind in diesem Jahr die Erträge höher ausgefallen als im Vorjahr und als im Mittel der letzten fünf Vorjahre.

Die kapitalistische Entwicklung. Aus Chemnitz wird der „Frankf. Btg.“ geschrieben:

„Auch in der sächsischen Wirkerei hat in der letzten Zeit eine weitere Konzentration des Kapitals stattgefunden. Der schlechte Geschäftsgang hat im hiesigen Bezirk eine Anzahl kleiner Fabriken beseitigt, während bei vielen größeren Fabriken der genannten Industrie zum Teil erhebliche Betriebsveränderungen stattfanden. Für die Entwicklung der sächsischen Wirkerei ist das langsame Verschwinden der kleinen Unternehmer nur vorteilhaft; auch der Sozialpolitiker braucht ihnen keine Thräne nachzuweinen. Die meisten dieser kleinen Unternehmer arbeiteten mit sehr geringen Betriebsmitteln. Sie wollten um jeden Preis einen großen Umsatz machen und suchten diesen durch unerhörtes Preisunterbieten zu erreichen. Sie lieferten zu Schnuppreisen und zahlten ihren Arbeitern Schundlöhne. Sie tragen mit ihrer durch länger als zehn Jahre fortgesetzten Warenschleuderei zum Wesentlichen die Schuld, daß heute die Arbeiter einzelner Zweige der sächsischen Wirkerei zu den am schlechtesten bezahlten Textilarbeitern Deutschlands gehören. Je schneller der Existenzkampf dieser Unternehmer beendet wird, desto besser ist es auch für die Arbeiter.“

Man darf erwarten, daß die „Mittelstandspolitiker“ diese Notiz anschlachten werden als „Beweis für das Bestreben, den Mittelstand zu vernichten“.

Die Maßregelung des „Deutschen Postboten“ durch den Postgeneral v. Pobjielski wird in verschärfter Form fortgesetzt. Daß kürzlich in Hameln eine Reihe von Postunterbeamten gekündigt wurde, weil sie den „Deutschen Postboten“ weiter gelesen und — schrecklich! — ein Vergnügen in demselben insirierten, haben wir berichtet. Jetzt hat Herr v. Pobjielski, wie das neueste Postreptil, die „Neue Post“, mittheilt, an alle Oberpostdirektoren eine Verfügung zu erlassen, daß Vereine, die trotz der Warnung des Reichspostamtes vor dem „Deutschen Postboten“ diese Zeitung zur Veröffentlichung ihrer Angelegenheiten benutzen oder benutzen wollen, in der Weantenschaft nicht geduldet werden können. Wie es scheint, soll Herr v. Pobjielski seine Absicht erreichen. Der „Deutsche Postbote“ geht, wie die letzte Nummer zeigt, offenbar seinem Ende entgegen; er erscheint nur noch in halber Stärke. Dafür liegt dem letzten Hefte die Probenummer eines neuen Postunterbeamtenblattes bei, der „Deutschen Reichspost“. In dem Programm des neuen Blattes heißt es: „Die „Deutsche Reichspost“ wird es sorgsam vermeiden, nach irgend welcher Richtung hin

eine verletzende Spitze zu zeigen.“ Danach kann man sich schon vorstellen, welche Haltung das Blatt künftighin einnehmen wird.

Mit Erhebungen über die Lage der russischen Arbeiter in Preußen ist der Berliner „Volkzeitung“ zufolge das russische Generalkonsulat vom russischen Ministerium des Auswärtigen betraut worden. Es handelt sich um die Ermittlung, wo und von wem russische Arbeiter schlecht behandelt worden sind; ferner, ob die einheimischen Arbeiter sich feindselig gegen die russischen verhalten; weiter, ob der Lohn, der in Preußen den russischen Arbeitern gezahlt wird, niedriger, beziehungsweise, um wieviel dieser Lohn niedriger ist als der den einheimischen Arbeitern gezahlt; endlich, ob von russischen Arbeitern bereits Klagen bei preussischen Gerichten wegen zu wenig erhaltenen Lohnes und dergleichen angestrengt worden sind und mit welchem Erfolge dies geschehen ist. Von den russischen Behörden ist eine „Erleichterung des Anwerbens russischer Arbeiter“ ins Auge gefaßt. Diejenigen Gutsbesitzer oder Agenten, über die Klagen wegen schlechter Behandlung russischer Arbeiter auch in Zukunft laut werden, sollen kein Passivum mehr erhalten, das heißt, es soll ihnen unmöglich gemacht werden, russischen Boden zu betreten.

Das freisinnige Dilemma. Die freisinnige Volkspartei hat ihren geschäftsführenden Ausschuss erneuert und zwar so, daß sie den alten Wein in den alten Schläuchen beliebt. Die erste That des „neuen“ Ausschusses, an dessen Spitze Eugen Richter steht, war ein feierliches Vertrauensvotum für die „Freisinnige Zeitung“, deren Seele Eugen Richter ist, und eine ebenso feierliche Verleugnung derjenigen Parteielemente, die wieder einiges Leben in die freisinnige Bude bringen wollten. Zu diesen Vorgängen bemerkt nun ein Mitarbeiter der „Leipz. Volksztg.“:

„Ein politisches Interesse haben diese Vorgänge kaum, wohl aber ein gewisses symptomatisches Interesse. Sie zeigen, was es mit dem angeblichen „Zuge nach links“ innerhalb der bürgerlichen Klassen auf sich hat. So weit es an einem solchen „Zuge“ nicht ganz gefehlt hat, ist er durch eine Art scheinbaren Erfolges sogar noch mehr kompromittiert worden, als durch alle praktischen Mißerfolge: nach unendlichen Bemühungen hat die Opposition innerhalb der freisinnigen Volkspartei den invalidesten der invaliden Vertreter, die das freisinnige Berlin seit Jahrzehnten in das preussische Abgeordnetenhaus sendet, nämlich den Abkommandirungs-Vermes zu füllen vermocht, aber an seine Stelle hat sie als „frisches und junges Blut“ keinen anderen zu setzen vermocht als Max Strich, der, heute ein Greis von 66 Jahren, seit 30 Jahren die gehäuftesten Proben unheilbarer Unfähigkeit gerade auf sozialpolitischem Gebiete geleistet hat. Es war nicht so uneben, wenn ein alter freisinniger Parteifreund den „jugendlichen“ Stürmern und Dängern vor einiger Zeit einmal sagte: „Ihr habt ganz recht, wenn ihr meint, daß die Partei mit Eugen Richter an der Spitze niemals auf einen glüklichen Zweig kommen kann, aber vergeßt nicht, daß die Partei ohne Eugen Richter vollends in die Tiefe gerathen wird.“ Damit war das freisinnige Dilemma ganz richtig gezeichnet. Jede Partei hat genau den Führer, den sie verdient; Eugen Richter hat sein verbotenes Mandat erkämpft, der freisinnigen Volkspartei nicht gewaltsam aufgehört, sondern er ist ihr Führer geworden, weil er das verbotene Mandat erkämpft, das der Partei selbst in allen Gliedern steckt, am offensten und rücksichtslosesten vertreten hat. Den Führer der Partei zu ihrem Sündenbock zu machen, zeigt eben auch, wie tief der etwa vorhandene „Zug nach links“ noch in den alten, oberflächlichen Vorurtheilen des Liberalismus steckt. Wäre wirklich ein neuer frischer Geist in das linksliberale Bürgerthum eingeleitet, so würde die Herrschaft Eugen Richters ganz von selbst zusammenstürzen, und um tüchtigere Nachfolger bräukte sich die Partei nicht zu bangen, die kämen dann ganz von selbst. Aber so lange sie nicht kommen, so lange das „frische und junge Blut“ in Deuten wie Max Strich überhäumt, so lange die Opposition innerhalb der freisinnigen Partei zwar über das Parteielend zu jammern, aber die Ursachen dieses Elends nicht zu erkennen weiß, so lange ist der Sturm auf gegen die Person des Führers eine erfolglose und auch widersinnige Politik. Er ist erfolglos, weil die ungebesserte Masse der Partei an dem Führer festhalten wird, der ihren Anschauungen am getreuesten entspricht; sie ist widersinnig, weil man auch in der Politik das alte Wasser nicht weggeschöpfen soll, ehe man neues hat, weil es immer noch geläuter ist, einen alten Karren auf wackeligen Rädern fortzuhumpeln zu lassen, als diese wackeligen Räder zu zerbrechen, ohne zu wissen, wo bessere Räder zu holen sind.“

Historisch ist nicht die geringste Hoffnung zu erkennen, daß sich die freisinnige Volkspartei noch aus ihrem Dilemma befreien wird. Wenn es dennoch Leute giebt, die daran glauben, so macht dieser Glaube vielleicht seelig, aber Berge kann er nicht versetzen.

Die Bezeichnung „XVIII. (2. sächsisches) Armeekorps“, welche sich auf einem jüngst in Gebrauch genommenen Sanitätswagen befand, wird in den „Dressd. Nachr.“ von militärischer Seite, wie folgt, erklärt: Sachen formirt im Kriegsfall ein 2. Korps und für dieses liegen die nöthigen Materialien (rollendes Material, Waffen u.) bereits fertig vor. Alle diese Materialien tragen die Bezeichnung XVIII. Korps. Und so ist auch die XVIII. auf diesem Sanitätswagen zu erklären. Daß dieser Sanitätswagen überhaupt verwendet worden ist, geht daraus hervor, daß schon in Friedenszeiten das rollende Material gelegentlich auf seine Leistungsfähigkeit hin erprobt, theils auch zur Aushilfe herangezogen wird. Was übrigens die Bildung eines 2. sächsischen Korps anbetrifft, so wird meines Dafürhaltens, dieses Jahrhundert sie kaum mehr erleben.“ — Das ist keine lange Frist!

Das steuerbare Vermögen der in Preußen zur Erziehungsteuer (Vermögenssteuer) herangezogenen Censiten hat nach der „Statist. Corr.“ im Veranlagungsjahre 1895/96 63918 Millionen, im Veranlagungsjahre 1896/97 64024 Millionen und in den Veranlagungsjahren 1897/98 65677 Millionen Mark betragen, wovon auf die Städte im Jahre 1895/96 38350 Millionen, im Jahre 1896/97 38350 Millionen, und in den Jahren 1897/98 39790 Millionen Mark, auf das platteland im Jahre 1895/96 25568 Millionen, im Jahre 1896/97 25674 Millionen und in den Jahren 1897/98 25887 Millionen Mark entfallen sind. Dieses Vermögen ist mithin von der ersten und zweiten Veranlagung über-

haupt um 0,17 pCt., in den Städten um 0,00057 pCt., auf dem platten Lande um 0,41 pCt. und von der zweiten zur dritten Veranlagung überhaupt um 2,58 pCt., in den Städten um 3,75 pCt. und auf dem Lande um 0,83 pCt. gestiegen.

Militärvereintliches. In einer Versammlung der sämtlichen Militär- und Kriegervereine des Bezirks Frankenthal (Pfalz) wurde auch über die Stellungnahme zur Sozialdemokratie beraten. Der Vorsitzende der Versammlung, Hauptmann der Landwehr Schweidert, sprach die Ansicht aus, daß man die vom Deutschen Kriegerbund ausgegebene Parole, wonach diejenigen Mitglieder, die bei den letzten Reichstagswahlen sozialdemokratisch wählten, ausgeschlossen werden sollten, nicht befolgen dürfe. Die Anwesenden stimmten seinen Ausführungen bei. — Wenigstens ein Militärverein der sich aufrafft.

Sächsisches. Unermüdblich sind die sächsischen Behörden im Kampf gegen die Arbeiterbewegung. Es ist schier unglücklich, was sie alles für Mittel und Mitteln auszustimmen wissen. So wird jetzt aus Aue i. W. folgendes berichtet:

Hier sollte vor einiger Zeit eine öffentliche Bildhauer-Versammlung stattfinden. Die Versammlung wurde aber von der Behörde verboten, weil — das Lokal nicht groß genug sei. Es wurde Beschwerde bei der Kreis-Hauptmannschaft zu Aue eingeleitet. Diese Behörde hat aber die Beschwerde zurückgewiesen. Die Begründung ist einzig. Es heißt darin u. a.:

„Da die Versammlung als eine „öffentliche“ angemeldet war und so der Zutritt jedermann frei stand, so hätte an-gesprochen werden müssen, daß sich an der geplanten Versammlung nicht nur die 30 bis 35 in Aue beschäftigten Bildhauer, sondern auch andere Personen betheiligen würden.“

Auf diese Weise wird also den Arbeitern das Versammlungsrecht, das ihnen gesetzlich gewährleistet ist, durch Verwaltungskunststücke zu Schanden gemacht.

### Oesterreich-Ungarn.

Die galizische Ausnahmestellung und ihre Urheber lassen am Dienstag im österr. Reichstag im Abgeordnetenhaus auf der Anklagebank. Graf Thun hat dabei nicht gut abgesehen. Genosse Daszynski sprach volle drei Stunden, und das Haus folgte ihm ununterbrochen mit lebhaftem Interesse. Er sprach wahrhaft als Ankläger, der die Schädiger und Verführer des Landes und Volkes zur Verantwortung zieht. In dem düsteren Gemälde, das der Redner entrollte, treten sie alle auf, die Galizien's Entwicklung hemmen: eine schwache und furchtame Zentralregierung; ein Statthalter, dessen Verbindungen ihn an den Polenklub fesseln; der Poleklub selbst, die Schwarzerbande, die das Volk knechtet und anspottet; der Dorfjude, das uralte Faktotum der polnischen Schlachzigen, und nicht zum Schluß: eine antizipale Administration des Landes, von der Daszynski grolle Proben gab. Und damit in dem traurigen Bilde nicht der Humor fehle, so floßen Schilberungen ein von den gräßlichen Pumpen, die „zufällig“ entwickeln, von dem gräßlichen Bezirks-hauptmann, der auf 10 pCt. „operirt“, von dem Standrecht ohne Scharfrichter, kurz, von dem jüngerlichen Uebermuth, der sich in Galizien in voller „Ursprünglichkeit“ bewahrt zu haben scheint. Mit unübersehbarer Logik hat Daszynski gezeigt, wie der Ausnahmezustand heraufbeschworen wurde von den eigentlichen Anstiftern der traurigen Judenkravalle, und daß er einzig und allein jene Partei getroffen hat und treffen wollte, deren gesammte Thätigkeit darauf gerichtet ist, Galizien aus asiatischen Verhältnissen zu befreien und zu einem Kulturlande zu erheben. Gegen die Sozialdemokratie, gegen die einzige moderne, europäische Bewegung in unserem Lande wurden die Besugnisse des Ausnahmezustandes gebraucht, sie sollte vernichtet werden, vernichtet von dem Bezirkshauptmann, die es nicht vertragen, daß Recht und Gesetz auch für die Arbeiter und Bauern in Anspruch genommen werden.

Die Rede war, darin hatte Graf Thun recht, eine Agitationssrede, die zum Kampfe ruft gegen das soziale und politische Parasitenthum, welches das Unglück der polnischen Nation ist. Was Graf Thun dagegen sagte, war nicht viel und konnte den Eindruck der flammenden Anklage nicht verwischen. Der Ministerpräsident schilberte liebevoll alle Einzelnes und wollte beweisen, daß sie die Verhängung des Ausnahmezustandes zur Nothwendigkeit machten. Aber bekämpft man Straßenerzesse, Diebstahl und Raub durch Aufhebung politischer Rechte, durch Beseitigung der Pressefreiheit, des Briefgeheimnisses, des Vereins- und Versammlungsrechtes? Die entscheidende Thatsache hat Graf Thun gar nicht verkannt: daß der Ausnahmezustand nur gegen die Sozialdemokraten praktiziert wurde, die doch mit den Exzessen, der Ursache seiner Verhängung, nicht das Geringste zu thun hatten, und daß die Verhängung ein Unrecht und keine Anwendung ein Mißbrauch war. Einige recht unglückliche Wendungen in der Rede entsetzten eine wenig schmeichelhafte Fetterkeit. Besonders übel erging es dem Grafen Thun, als er sich durch einen Zwischenruf verleiten ließ, von dem böhmischen Ausnahmezustand zu sprechen, und die Jungtschechen zu Beugung anrief, daß er nie von der Seite der Gerechtigkeit abgewichen sei. Eine sonderbare Auffassung vom Parlamentarismus verrieth der Ministerpräsident in der Klage, daß der Genosse Daszynski „unter dem Denmantel der Immunität“ ganz bestimmte Namen genannt habe. Mit Recht fragt unser Wiener Parteiorgan: „Ja, hätte der Minister es lieber gesehen, wenn in nichtstägenden, unbestimmten Nebenwendungen unkontrollierbare Behauptungen aufgestellt worden wären? Und dann, mit Verlaß seiner Exzellenz, die Immunität der Abgeordneten ist kein „Denkmal“, sondern der verfassungsmäßige Schutz, der ihnen die Möglichkeit giebt, aber auch die Pflicht auferlegt, offen und rücksichtslos die Wahrheit zu sprechen und die Sache der wehrlosen Bürger gegen die Mächtigen und Uebermächtigen zu führen, auszusprechen, was der getnebelte und von den Mißthätern bedrohte Bürger nicht sagen kann.“

Das hat Genosse Daszynski in ebenso vortrefflicher wie rücksichtsloser Weise gethan. Und dem gegenüber ist bezweifelnder als das, was der Ministerpräsident sagte, daß was er nicht sagte. Graf Thun hat nicht versprochen, eine strenge Untersuchung einzuleiten, er hat nicht erklärt, die Thatsachen würden amtlich festgestellt werden. Seine Entrüstung galt nicht den aller schändlichen Verbrechen Beschuldigten, sondern dem Ankläger, und er konnte sich gar nicht fassen darüber, daß Daszynski die unerhörte Kühnheit hatte, in agitatorischer Weise, man denke, der „Katholischen Partei“ Vorwürfe zu machen“ die Wohlthat des Polenklubs in Zweifel zu ziehen und sogar die „Militärbehörde in den Kreis seiner Erörterung zu ziehen“. Daß Daszynski diese unverleglichen Heiligthümer anzutasten wagte, dünkt dem Grafen Thun Beweis genug, daß in der That die Sozialdemokratie eine Partei sei, gegen die vorgegangen werden müsse, und nicht einmal den Verdacht hat er abgewehrt, daß er auch die Mittel der galizischen Bezirkshauptleute billige. Er verläßt sich offenbar auf die bunte Majorität, die ihm im Abgeordnetenhaus noch zur Verfügung steht und bereit ist, die Anklageerträge niederzustimmen.

Genosse Daszynski stellte im Anschluß an seine Rede folgenden Antrag:

Die Regierung wird angefordert, den auf Grund der Verord-

nung des Gesamtministeriums vom 30. Januar 1884 aus den Gerichtsprengeln Wien, Kornenburg und Wiener Neustadt im Laufe der Zeit vom 30. Januar bis 8. Juni 1891 ausgewiesenen Personen die Rückkehr in den Bezirk der Suspension durch die Aufhebung der in Art. 3 der Verordnung des Gesamtministeriums vom 8. Juni 1891 enthaltenen Beschränkung unverzüglich zu gestatten. Die Regierung wird weiter aufgefordert, jene Ausweisungen, die lediglich wegen Betätigung an der politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung von der politischen Behörde in allen Kronländern, besonders in zahlreichen böhmischen Industriorten, massenhaft aber von der Prager Polizeidirektion verhängt wurden, sofort aufzuheben.

Der Präsident erklärte merkwürdiger Weise, der Antrag könne bei der Verhandlung der Ministeranfrage nicht gestellt werden. Es wird deshalb bei der Verhandlung der Regierungsvorlage über den Ausnahmezustand eingebracht werden.

### Frankreich.

Die Revision des Dreyfus-Prozesses durch den Kassationshof schreitet rüstig vorwärts. Der Kassationshof konfrontierte am Mittwoch Nachmittag Picquart mit dem General Roger. Die Sitzung des Kassationshofes dauerte bis 6<sup>3/4</sup> Uhr Abends. Nach Beendigung derselben wurde Picquart nach dem Cherche-Midi-Gefängnis zurückgebracht. In der Behandlung Dreyfus' sind wesentliche Milderungen eingetreten. Der Minister für die Kolonien ermächtigte neuerdings Frau Dreyfus, ihrem Manne ein Telegramm zu senden. Das Telegramm soll an den Gouverneur von Guyana adressiert werden, der es auf direktem Wege an Dreyfus gelangen lassen wird. Der Fall Picquart steht zur Zeit im Vordergrund des Interesses. Nach einer Meldung aus Paris entschied General Burlinden definitiv, daß Picquart vor ein Kriegsgericht gestellt werde. Freycinet hat sich also gefügt und Picquart wird der Prozeß gemacht, was für einen, kann man sich vorstellen, wenn man berücksichtigt, daß der heute noch amtierende Generalstab das Kriegsgericht zusammensetzen und das Urtheil soustieren wird. Die Justiz gegen Dreyfus künfte also sehr wohl eine zweite Auflage erleben, wenn Freycinet nicht wenigstens in dieser Hinsicht Vorsehung trifft. Presseinte erklärt auch bereits in der „Aurore“ einen Aufruf an alle denkenden Männer Frankreichs sich zu einigen, um gegen die Ungerechtigkeit, mit welcher Picquart verfolgt wird, zu protestieren, um es unmöglich zu machen, dem schändlichen Dreyfusprozeß einen noch schändlicheren Picquardtprozeß folgen zu lassen. Die verschiedenen Verläumdungsprozesse, in denen Picquart der Kläger ist und die Donnerstag zur Verhandlung kommen sollten, sind auf den Antrag seines Anwalts auf den 21. Dezember vertagt worden. Der Kassationshof ist unnahbar für die Generalstabsintriguen und ganz allgemein gilt auch die Sache des Kapitän Dreyfus für entschieden. Die Revision wird höchst wahrscheinlich nicht nur die Freisprechung Dreyfus, sondern die Strafverfolgung Mercier's, Boisdeffre's, Gonse's, Dupuy's und der Militärgerichts-Funktionäre bringen, welche gesetzwidrig Recht sprachen. Für diese Aktion soll Picquart als bester Verräther zeugnisfähig gemacht werden, denn er als einstiger Chef des Rundschafendienstes weiß viel zu viel, und sein Zeugnis könnte vernichtend werden. Deshalb giebt man nothgedrungen Dreyfus frei, dessen Schicksal doch nun durch den Kassationshof allein bestimmt wird, das heißt allen Machinationen entriekt ist, und stürzt sich auf Picquart. Die Rechtsbrecher kämpfen erst jetzt recht eigentlich um ihre eigene Freiheit. Aber wenn Picquart nach rechts-widriger Verurtheilung den Kassationshof anruft, wird all die Säbelbittatur nur einen Ausschub des Verhängnisses ermöglichen haben. Das Verhängnis selbst kommt!

### England.

Unternehmer-Koalition. Aus London wird berichtet: „Nachdem schon seit einigen Monaten über die Gründung eines Verbandes der Unternehmer verhandelt worden war, hat nun eine Versammlung von Vertretern zahlreicher Industrien stattgefunden, in der zwei Resolutionen gefaßt wurden. Die erste besagt, daß es nach der Ansicht der gegenwärtigen Vertreter der Unternehmer-Verbände des vereinigten Königreichs wünschenswerth sei, einen parlamentarischen Ausschuss von Unternehmern einzusetzen, der über Bills, die in beiden Häusern des Parlaments eingebracht werden, zu berathen und ihnen gegenüber Stellung zu nehmen hätte, soweit sie die Interessen des Handels, des freien Kontrattes und der freien Arbeit betreffen. Ein zweiter Beschluß genehmigte den von einem provisorischen Komitee verfaßten Entwurf über die Statuten des parlamentarischen Ausschusses der Unternehmer des vereinigten Königreichs. Der Unternehmer-Verband soll ein Gegengewicht gegen die geplante Verbindung sämtlicher Gewerksvereine zu einem einheitlichen Ganzen bilden.“

### Lübeck und Umgebungen.

25. November.

Achtung, Tabakarbeiter! Wegen Lohnunterschieden ist der Bezug nach der Fabrik Mose u. Schweighofer,

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche in Lübecker Volksblättern inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einräufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke, welche uns zu unserer Silbernen Hochzeit zu Theil wurden, sagen wir allen Verwandten und Bekannten hiermit unsern herzlichsten Dank.

F. Zimmermann und Frau.

Unserer Freundin **Wilhelmine Seidenrad** zu ihrem 36. Wiegenfest die besten Glückwünsche!

H. V. W. K.

**Zu verkaufen** 1 Arbeitshilfen zum Biechen, 1 Paar Panteln, je ca. 45 Pfd. schwer (für Athletenclubs), ca. 140 gebrauchte Dachspannen Schlumacherstraße 1.

Ein Haus im Steinrader Weg, wofür eine gut gehende Krämerlei betrieben wird, ist für 12500 Mk. mit 1500 Mk. Anzahlung sofort zu verkaufen. Näheres Biegestraße 1f.

**ff. Bitello-Margarine**, stets frisch, Pfd. 70 Pfg. empfiehlt **Fromm**, Hagenstraße 81.

gr. Petersgrube, streng fernzuhalten. Das Bureau befindet sich Lederstraße 8.

Die Streikkommission. Eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung findet am Sonnabend Abend 8<sup>1/2</sup> Uhr im Verluhsaule statt. Ueber „Die Situation des Streiks“ wird das Vorstandmitglied H. Jange aus Bremen sprechen.

**Satte Moral.** Der „General-Anzeiger“ schreibt, daß in letzter Zeit das Bettlerwesen in erheblichem Maße zunimmt. Es handle sich weniger um auf der Reise befindliche Handwerksgefelln, als um arbeitsloses Gesindel. Diese Kategorie Menschen halte sich wochenlang an einem Orte auf und mache theilweise eine ganz gute Beute. — Wir möchten dem dummdreisten Schreiber dieser Sätze empfehlen, einmal 14 Tage lang ohne Geldmittel zu „walgen.“ Er würde höchstwahrscheinlich schon nach 24 Stunden „fechten“ gehen. Daß die mit Eintritt des Winters sich verringende Arbeitsgelegenheit Tausende auf die Landstraße jagt, davon weiß der satte Mann jedenfalls nichts.

**Vom Tage.** Unterfuchung ist eingeleitet gegen einen Sattler, den ein Schuhmacher der Unterschlagung von 20 Mk. beschuldigt. — Erschwindelt hat ein junges Mädchen von einem Geschäftsmann für 13 Mk. Briefpapier. — In Haft gerieten 6 Bettler, 1 Trunkener.

**Testamentsverlesungen.** Montag, den 28. November, werden vor dem Amtsgericht (Zimmer Nr. 7) eröffnet werden: 1. das gegenseitige Testament des hieselbst am 24. Dezember 1889 verstorbenen Privatmanns J. S. J. Jve und seiner am 14. November 1898 verstorbenen Ehefrau A. D. geb. Müller; 2. das gegenseitige Testament des hieselbst am 14. November 1898 verstorbenen Weichenwärters J. H. A. Brüggemann und seiner Ehefrau E. E. geb. Japp.

**Erklärung.** In der Sitzung des Amtsgerichts vom 24. d. Mts. hat die unverschleihte Johanna Maria Dorothea Böttcher, wohnhaft hieselbst, in Veranlassung ihrer bevorstehenden Verehelichung mit dem Arbeiter Joh. Christian Friedrich Heid hieselbst die Erklärung abgegeben, daß sie für die Verbindlichkeiten ihres künftigen Ehemannes überall nicht haften wolle.

**Jadenburg.** Zwei Versammlungen, welche sich mit den Gemeinderathswahlen beschäftigten, fanden am Donnerstag Abend bei Paetau-Jadenburg und Mau-Stockelsdorf statt. Referenten waren die Genossen Rasch bzw. Bartels-Lübeck. Der Besuch war ein zufriedenstellender, der Verlauf ein guter. Beide Redner stellten die Wichtigkeit der diesmaligen Wahl in das rechte Licht und wiesen an zahlreichen Beispielen nach, was die Arbeitervertreter in den Kommunen auszurichten vermögen.

**Schwartau.** Eine öffentliche Gemeinde-wählerversammlung fand am Mittwoch im Lokale des Herrn Lindner statt. Als Referent war Genosse Th. Bartels aus Lübeck erschienen, der über die am 28. d. Mts. stattfindende Gemeinderathswahl sprach. In längerem Vortrag bewies der Referent, wie nothwendig die Betheiligung an den Gemeinderathswahlen sei. Nach dem Vortrage wurden 6 Kandidaten aufgestellt. In der Diskussion forderte Zimmermeister Noack die Versammlung auf, in der nächsten Bürgerversammlung zu erscheinen, um da ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die Versammlung, die gut besucht war, wurde mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.



### Parteigenossen im Fürstenthum Lübeck!

Agitirt eifrig für die Betheiligung an den Gemeinderathswahlen!



Entau. Am Abend vor der Wahl, am Dienstag, den 29. d. Mts., wird Genosse Bartels-Lübeck über die Gemeinderathswahl bei Schröder referieren.

Fissau. Bei der Gemeinderathswahl, welche am Mittwoch stattfand, siegte die Liste der von den Arbeitern aufgestellten Kandidaten mit 65 bis 110 Stimmen. Die Gegner erhielten 44 bis 45 Stimmen. Arbeiter, d. h. Nichtbesitzer, standen diesmal nicht zur Wahl, die Gegner hatten deshalb 4 von den Arbeitern vorgeschlagene Kandidaten acceptirt. Konnten die Arbeiter nach Lage der Dinge auch keine Vertreter ihrer Klasse durchbringen, da sie die 4 Sitze bereits innehaben, so ist es ihnen doch gelungen, zwei Wähler, welche als schroffe Gegner der Arbeiterschaft bekannt sind, aus dem Gemeinderath hinauszudrängen. Die Betheiligung war keine besonders starke auf beiden Seiten.

was wohl darin seinen Grund hat, daß keine starke Verschiebung möglich war, und daß der Weg zur Wahlurne ein weiter war.

**Altona.** Der Majestätsbeleidigungsprozeß gegen den angeblichen Anarchisten Schirmacher Oldenburg fand Donnerstag vor dem hiesigen Landgericht sein Ende. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt, so daß wir nicht in der Lage sind, eingehend darüber zu berichten. Die Anklagebehörde schien der Person des Angeklagten besondere Wichtigkeit beizumessen, denn sonst ist es nicht zu verstehen, daß der Erste Staatsanwalt in dieser Sache amtierte, während in den anderen zur Verhandlung gekommenen Fällen Assessor Dr. Jäger die Staatsanwaltschaft vertrat. Nach früheren Mittheilungen handelte es sich darum, daß der wegen Eigentumsvergehen verurtheilte Angeklagte sich hieselbst als Anarchist aufspielte und Aeußerungen gethan hat, wodurch der deutsche Kaiser beleidigt sein soll. Bei dieser Gelegenheit soll der Angeklagte hochgradig angetrunken gewesen sein. Das ist die ganze Geschichte von dem „gefährlichen Anarchisten“ Oldenburg. So harmlos sie auch sein mag, so schlimme Folgen hat sie für den Angeklagten gehabt. Derselbe wurde antragsgemäß zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt. — Aus dem großen Anarchistenspul ist ein gewöhnlicher Majestätsbeleidigungsprozeß geworden. Wie werden das die Scharfmacher beklagen.

**Harkurg.** Wegen Verbahts des Meines in einer Privatlaggsache war gegen die Genossen Schulze und Mau in Wilhelmsburg eine Untersuchung eingeleitet, worden und hatte man Schulze in Untersuchungshaft genommen, während Mau, der gleichfalls inhaftirt werden sollte, nicht aufzustanden war. Nach Abschluß der Voruntersuchung ist das Verfahren eingestellt worden. Schulze wurde am Mittwoch nach mehrwöchentlicher Untersuchungshaft im Stader Gefängniß als unschuldig entlassen. Auch Mau ist außer Verfolgung gesetzt worden. Wer entschädigt nun den schwer betroffenen, unschuldig inhaftirt gewesenen Mann?

**Hlensburg.** Ein „Arbeitswilliger.“ Schwere Verletzungen wurden einem Briefträger in Raasbüll bei Hlensburg von einem der italienischen Maurer, die hier als Arbeitswillige beim Schlachthofbau thätig waren, zugefügt. Der heißblütige Italiener stach dem Briefträger ein langes Messer, wie erzählt wird, mit solcher Wucht in den Arm, daß das Messer durch den Arm hindurch in die Seite des Verletzten eindrang und die Lunge beschädigte. Der Kaufbold wurde sofort in Haft genommen.

**Kiel.** Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die hiesige Strafkammer den Arbeiter Hoffmann aus Rendsburg zu zwei Monaten Gefängniß. Hoffmann befand sich im Juni auf einer Vergnügungstour in Kiel, als die Kaiserin gerade eintraf. Beim Bahnhof stand der etwas angetrunkene Hoffmann, der nach Rendsburg zurückfahren wollte, und soll er der Kaiserin eine unflätige Aeußerung zugerufen haben, die vom Ingenieur Mangelsdorf gehört und zur Anzeige gebracht wurde. In dieser Angelegenheit fanden bereits drei Termine statt, da vom Gericht stets beschloffen worden war, noch neue Zeugen zu laden. Auch die jetzige Verhandlung wäre bald in Frage gestellt worden, da der Hauptzeuge, der Denunziant Mangelsdorf, nicht erschienen war. Der Angeklagte bestritt ganz entschieden, sich in der in der Anklage behaupteten Weise ausgelassen zu haben. Das Gericht erachtete ihn jedoch durch die Aussage des Mangelsdorf, sowie eines Schuhmachers für überführt und erkannte wegen der rohen Ausdrucksweise, wie beantragt, auf zwei Monate Gefängniß. Mangelsdorf wurde wegen unentschuldigtem Ausbleibens zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurtheilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

**Terrow.** Der Maurerstreik dauert fort; jeder Kollege muß daher Terrow meiden. Nur wenn der Bezug fern gehalten wird, kann der Sieg unser sein. Die italienischen Arbeitswilligen haben sammt und sonders Terrow den Rücken gelehrt. Unangenehme Erinnerung haben sie selbst bei den Unternehmern nicht zurückgelassen.

**Stadttheater.** Sonntag, den 27. d. Mts., findet zu einfachen Preisen die vierte große Doppelvorstellung statt. Zur Aufführung gelangt Mozarts reizende Oper „Die Entführung aus dem Serail“, hierauf der mit so großem Beifall aufgenommene Moser'sche Schwank „Das Stiftungsfest“. Nachmittags findet zu kleinen Preisen die zweite Sonntagnachmittagsvorstellung mit „Mutter Thiele“, Charakterbild in 3 Akten von Ad. PArronge, statt. Die Abendvorstellung beginnt um halb 7 Uhr. Die nächste Aufführung von „Ötterskammerung“ findet kommenden Montag statt.

### Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 24. November.

Der Schweinehandel verlief flau. Zufuhr wurden 1070 Stüd. Preise: Versandtschweine, schwere 54-56 Mk., leichte 55-56 Mk., Sauen 45-50 Mk. und Ferkel 52-55 Mk. pr. 100 Pfd.

## MARGARINE

wie Naturbutter

Pfd. 50 und 55 Pfg.

Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

## Prima dide Flohmen

Pfd. 60 Pfg.

W. C. Köppke

Schlachterei und Würstfabrik, Ringenberg 4.

## Neue grüne Erbsen

„gelbe  
„geschälte  
neue weiße Bohnen,  
leicht brechend,  
neue Pflaumen, Kirchen etc.

Ludw. Hartwig

Obertrave 8.

## Gemüse-Conserven

von der Conserven-Fabrik D. H. Carstens empfiehlt in allen Dosen-Größen Obertrave 8. Ludw. Hartwig

Kompagnie zurückzubehalten. Eine Entschädigung könne denselben in der Form eines besonderen Zuschusses gewährt werden oder derart, daß ihnen die Zeit bei ihrer Reserveverpflichtung angerechnet wird. — Eine sonderbare Belohnung für die zehn Besten von jeder Kompagnie!

Zum Lippe-Handel schreibt F. Mehring in der „Neuen Zeit“:

„Was die Arbeiterklasse anbetrifft, so kann sie sich natürlich so wenig für das Erbrecht der Diebeselber, wie für das Erbrecht der Schaumburger, so wenig für das Telegramm des Kaisers an den Grafen Regenten von Lippe, wie für die Denkschrift des Grafen Regenten von Lippe an die deutschen Bundesstaaten begeistern. Alle diese, auf dem Boden des Fürstentums gestützten Streitigkeiten liegen hinter ihr in weislosem Schmutz. Ihr einziges Interesse daran besteht in der Frage, ob und wie die tatsächlich bestehenden Machtverhältnisse im deutschen Reich dadurch verschoben werden können. Bindet sich die Berliner Regierung im Augenblick, wo sie neue schwere Schläge gegen die Arbeiterklasse plant, ganz unabhingiger Weise eine Aute, indem sie den dynastischen Partikularismus gegen sich wachruft, so ist das eine Sache, die beachtet werden muß, etwa so wie Lassalle einmal andeuten hat, daß die oppositionelle Politik einer Volkspartei immer auch die auswärtigen Konflikte der Regierung mit in ihre Rechnung zu stellen habe. Nicht aber darf das Klassenbewußte Proletariat die geringste Förderung seiner Ziele von dem dynastischen Partikularismus erwarten, den der Graf Regent von Lippe in vorausichtlich nicht erfolgloser Weise angereizt hat. Mühen sich die unentwegten Mannen des Freisinn um die Kriegsfahne des Diebeselbers sammeln, so wird die zweite Auflage des Wälsunger Krieges (ein „Krieg“, welcher zwischen Gotha und Meiningen um die Mitte des 18. Jahrhunderts über eine Frage der Ebenbürtigkeit geführt wurde) keine proletarische Gardemannschaft erscheinen sehen, durch deren Verkauf in die Knechtschaft der dynastische Partikularismus, genau wie anno dazumal durch den Verkauf der Weimarer Garde, seinen Frieden mit Berlin machen könnte und würde.“

Mit anderen Worten: einen treuloseren und unzuverlässigeren Bundesgenossen, als den dynastischen Partikularismus, könnte das Proletariat überhaupt nicht finden. Hinter den zerfallenen Schanzen dieses historischen Gespenstes schau zu suchen vor der Berliner Reaktion, diese so ziemlich die verkehrteste Politik treiben, die das Klassenbewußte Proletariat überhaupt treiben könnte. Eine solche Politik würde allen großen Ueberlieferungen der Partei in der nationalen Frage direkt ins Gesicht schlagen, den guten Bismarck noch im Grabe als einen wahrhaft genialen Staatsmann reklamieren und auf den stürzenden Berg hinabauslaufen, den Sturm auf dem Weltmeer abtanzen zu lassen vor einem Sturm im Glase Wasser.“

Ueber den Ausfall der Ernte im ganzen deutschen Reich schreibt das Statistische Amt im „Reichsanzeiger“: Der diejährige Ertrag an Hafer übertrifft mit 16,9 dz pro Hektar den des Vorjahres um 18,2 pCt. und den Mittelsertrag der letzten fünf Jahre um 16,6 pCt. Der Ertrag an Kartoffeln übertrifft mit 119,2 dz pro Hektar den des Vorjahres um 8,3 pCt., den Mittelsertrag der letzten fünf Jahre aber nur um 1,9 pCt. Auch die Erträge der Kleefelder und der Wiesen werden in diesem Jahre höher als in jedem der fünf Vorjahre geschätzt. Der Hektar-Ertrag an Klee (auch Luzerne), in Heu ange schlagen, alle Schnitte zusammen, übertrifft mit 53,9 dz den des Vorjahres um 4,7 pCt., und den Mittelsertrag der letzten fünf Jahre um 29,6 pCt., und der Heuertrag der Wiesen mit 43,8 dz pro Hektar den des Vorjahres um 2,3 pCt. und den Mittelsertrag der letzten fünf Jahre um 22,0 pCt. Bei allen Früchten, für welche an dieser Stelle im September, Oktober und November Ernteschätzungen mitgeteilt wurden, also auch Weizen und Roggen, sind in diesem Jahr die Erträge höher ausgefallen als im Vorjahr und als im Mittel der letzten fünf Vorjahre.

Die kapitalistische Entwicklung. Aus Chemnitz wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben:

„Auch in der sächsischen Wirterei hat in der letzten Zeit eine weitere Konzentration des Kapitals stattgefunden. Der schlechte Geschäftsgang hat im hiesigen Bezirk eine Anzahl kleiner Fabriken beseitigt, während bei vielen größeren Fabriken der genannten Industrie zum Teil erhebliche Betriebsveränderungen stattfanden. Für die Entwicklung der sächsischen Wirterei ist das langsame Verschwinden der kleineren Unternehmer nur vorteilhaft; auch der Sozialpolitiker braucht ihnen keine Thräne nachzuweinen. Die meisten dieser kleinen Unternehmer arbeiten mit sehr geringen Betriebsmitteln. Sie wollten um jeden Preis einen großen Umsatz machen und suchten diesen durch unerschöpfte Preisunterbieten zu erreichen. Sie liefereten zu Schandpreisen und zahlten ihren Arbeitern Schandlöhne. Sie trugen mit ihrer durch länger als zehn Jahre fortgesetzten Waarenschlenderei zum Wesentlichen die Schuld, daß heute die Arbeiter einzelner Zweige der sächsischen Wirterei zu den am schlechtesten bezahlten Textilarbeitern Deutschlands gehören. Je schneller der Existenzkampf dieser Unternehmer beendet wird, desto besser ist es auch für die Arbeiter.“

Man darf erwarten, daß die „Mittelstandspolitiker“ diese Notiz ausschlagen werden als „Beweis für das Bestreben, den Mittelstand zu vernichten“.

Die Maßregelung des „Deutschen Postboten“ durch den Postgeneral v. Bobbielski wird in verschärfter Form fortgesetzt. Daß kürzlich in Hameln eine Reihe von Postunterbeamten gekündigt wurde, weil sie den „Deutschen Postboten“ weiter gelesen und — schrecklich! — ein Vergnügen in demselben suchten, haben wir berichtet. Jetzt hat Herr v. Bobbielski, wie das neueste Postreptil, die „Neue Post“, mittheilt, an alle Oberpostdirektinnen eine Verfügung erlassen, daß Vereine, die trotz der Warnung des Reichspostamtes vor dem „Deutschen Postboten“ diese Zeitung zur Veröffentlichung ihrer Angelegenheiten benutzen oder benutzen wollen, in der Beamten schaft nicht geduldet werden können. Wie es scheint, soll Herr v. Bobbielski seine Absicht erreichen. Der „Deutsche Postbote“ geht, wie die letzte Nummer zeigt, offenbar seinem Ende entgegen; er erscheint nur noch in halber Stärke. Dafür liegt dem letzten Hefte die Probennummer eines neuen Postunterbeamtenblattes bei, der „Deutsche Reichspost“. In dem Programm des neuen Blattes heißt es: „Die „Deutsche Reichspost“ wird es sorgsam vermeiden, nach irgend welcher Richtung hin

eine verkehrende Spitze zu zeigen.“ Danach kann man sich schon vorstellen; welche Haltung das Blatt künstlich einnehmen wird.

Mit Erhebungen über die Lage der russischen Arbeiter in Preußen ist der Berliner „Volkszeitung“ zufolge das russische Generalkonsulat vom russischen Ministerium des Auswärtigen beauftragt worden. Es handelt sich um die Ermittlung, wo und von wem russische Arbeiter schlecht behandelt worden sind; ferner, ob die einheimischen Arbeiter sich feindselig gegen die russischen verhalten; weiter, ob der Lohn, der in Preußen den russischen Arbeitern gezahlt wird, niedriger, beziehungsweise, um wieviel dieser Lohn niedriger ist als der den einheimischen Arbeitern gezahlte; endlich, ob von russischen Arbeitern bereits Klagen bei preussischen Gerichten wegen zu wenig erhaltenen Lohnes und dergleichen angestrengt worden sind und mit welchem Erfolge dies geschehen ist. Von den russischen Behörden ist eine „Erleichterung des Anwerbens russischer Arbeiter“ ins Auge gefaßt. Derjenigen Gutsbesitzer oder Agenten, über die Klagen wegen schlechter Behandlung russischer Arbeiter auch in Zukunft laut werden, sollen kein Passivum mehr erhalten, das heißt, es soll ihnen unmbglich gemacht werden, russischen Boden zu betreten.

Das freisinnige Dilemma. Die freisinnige Volkspartei hat ihren geschäftsführenden Ausschuß erneuert und zwar so, daß sie den alten Wein in den alten Schläuchen beließ. Die erste That des „neuen“ Ausschusses, an dessen Spitze Eugen Richter steht, war ein feierliches Vertrauensvotum für die „Freisinnige Zeitung“, deren Seele Eugen Richter ist, und eine ebenso feierliche Verleugnung derjenigen Parteielemente, die wieder einiges Leben in die freisinnige Bude bringen wollten. Zu diesen Vorgängen bemerkt nun ein Mitarbeiter der „Leipz. Volksztg.“:

„Ein politisches Interesse haben diese Vorgänge kaum, wohl aber ein gewisses symptomatisches Interesse. Sie zeigen, was es mit dem angeblichen „Ruge nach links“ innerhalb der bürgerlichen Klassen auf sich hat. So weit es an einem solchen „Ruge“ nicht ganz gefehlt hat, ist er durch eine Art Scheinbaren Erfolges sogar noch mehr kompromittiert worden, als durch alle praktischen Mißerfolge: nach unendlichen Bemühungen hat die Opposition innerhalb der freisinnigen Volkspartei den invalideften der invaliden Vertreter, die das freisinnige Berlin seit Jahrzehnten in das preussische Abgeordnetenhaus sendet, nämlich den Abkommandirungs-Hermes zu stützen vermocht, aber an seine Stelle hat sie als „frisches und junges Blut“ keinen anderen zu sehen gewußt als Max Hirsch, der, heute ein Greis von 66 Jahren, seit 30 Jahren die gefährlichsten Proben unheilbarer Unfähigkeit gerade auf sozialpolitischem Gebiete gelistet hat. Es war nicht so uneben, wenn ein alter freisinniger Parteichef den „jugendlichen“ Stürmern und Drängern vor einiger Zeit einmal sagte: „Ihr Richter an der Spitze niemals auf einen grünen Zweig kommen kann, aber vergeht nicht, daß die Partei ohne Eugen Richter vollends in die Tiefe gerathen wird.“ Damit war das freisinnige Dilemma ganz richtig gezeichnet. Jede Partei hat genau den Führer, den sie verdient; Eugen Richter hat sein verbobertes Manchestertum der freisinnigen Volkspartei nicht gewalkam aufgehört, sondern er ist ihr Führer geworden, weil er das verboberte Manchestertum, das der Partei selbst in allen Gliedern steckt, am offensten und rückhaltlosesten vertreten hat. Den Führer der Partei zu ihrem Sündenbock zu machen, zeigt eben auch, wie tief der etwa vorhandene „Ruge nach links“ noch in den alten, oberflächlichen Vorurtheilen des Liberalismus steckt. Wäre wirklich ein neuer frischer Geist in das linksliberale Wirgerthum eingeleitet, so würde die Herrschaft Eugen Richters ganz von selbst zusammenstürzen, und um tüchtigere Nachfolger brauchte sich die Partei nicht zu bangen, die kämen dann ganz von selbst. Aber so lange sie nicht kommen, so lange das „frische und junge Blut“ in Leuten wie Max Hirsch überhäumt, so lange die Opposition innerhalb der freisinnigen Partei zwar über das Parteielend zu jammern, aber die Ursachen dieses Elends nicht zu erkennen weiß, so lange ist der Sturm auf gegen die Person des Führers eine erfolglose und auch widerwärtige Politik. Er ist erfolglos, weil die ungehefferte Masse der Partei an dem Führer festhalten wird, der ihren Anschauungen am getreuesten entspricht; sie ist widerwärtig, weil man auch in der Politik das alte Wasser nicht weggeben soll, ehe man neues hat, weil es immer noch gekeltert ist, einen alten Karren auf wackeligen Rädern fortzumpehlen zu lassen, als diese wackeligen Räder zu zerbrechen, ohne zu wissen, wo bessere Räder zu holen sind.“

Historisch ist nicht die geringste Hoffnung zu erkennen, daß sich die freisinnige Volkspartei noch aus ihrem Dilemma befreien wird. Wenn es dennoch Leute giebt, die daran glauben, so macht dieser Glaube vielleicht selbig, aber Berge kann er nicht verlegen.

Die Bezeichnung „XVIII. (2. sächsisches) Armeekorps“, welche sich auf einem jüngst in Gebrauch genommenen Sanitätswagen befand, wird in den „Dresd. Nachr.“ von militärischer Seite, wie folgt, erklärt: „Dieses formirt im Kriegsfall ein 2. Korps und für dieses liegen die nöthigen Materialien (rollendes Material, Waffen u.) bereits fertig vor. Alle diese Materialien tragen die Bezeichnung XVIII. Korps. Und so ist auch die XVIII. auf diesem Sanitätswagen zu erklären. Daß dieser Sanitätswagen überhaupt verwendet worden ist, geht daraus hervor, daß schon in Friedenszeiten das rollende Material gelegentlich auf seine Leistungsfähigkeit hin erprobt, theils auch zur Aushilfe herangezogen wird. Was übrigens die Bildung eines 2. sächsischen Korps anbetrifft, so wird meines Dafürhaltens, dieses Jahrhundert sie kaum mehr erleben.“ — Das ist keine lange Frist!

Das steuerbare Vermögen der in Preußen zur Ergränzungsteuer (Vermögenssteuer) herangezogenen Genossen hat nach der „Statist. Korr.“ im Veranlagungsjahre 1895/96 63 918 Millionen, im Veranlagungsjahre 1896/97 64 024 Millionen und in den Veranlagungsjahren 1897/98 65 677 Millionen Mark betragen, wovon auf die Städte im Jahre 1895/96 38 350 Millionen, im Jahre 1896/97 38 350 Millionen, und in den Jahren 1897/98 39 790 Millionen Mark, auf das platteland im Jahre 1895/96 25 568 Millionen, im Jahre 1896/97 25 674 Millionen und in den Jahren 1897/98 25 887 Millionen Mark entfallen sind. Dieses Vermögen ist mithin von der ersten und zweiten Veranlagung über-

haupt um 0,17 pCt., in den Städten um 0,00057 pCt., auf dem platteland um 0,41 pCt. und von der zweiten zur dritten Veranlagung überhaupt um 2,68 pCt., in den Städten um 3,75 pCt. und auf dem Lande um 0,83 pCt. gestiegen.

Militärvereinigtes. In einer Versammlung der sämtlichen Militär- und Kriegervereine des Bezirks Frankenthal (Pfalz) wurde auch über die Stellungnahme zur Sozialdemokratie beraten. Der Vorsitzende der Versammlung, Hauptmann der Landwehr Schweidert, sprach die Ansicht aus, daß man die vom Deutschen Kriegerbund ausgegebene Parole, wonach diejenigen Mitglieder, die bei den letzten Reichstagswahlen sozialdemokratisch wählten, ausgeschlossen werden sollten, nicht befolgen dürfe. Die Anwesenden stimmten seinen Ausführungen bei. — Wenigstens ein Militärverein, der sich aufrafft.

Sächsisches. Unermüdlich sind die sächsischen Behörden im Kampf gegen die Arbeiterbewegung. Es ist schier ungläublich, was sie alles für Mittel und Mittelchen auszufinden wissen. So wird jetzt aus Aue i. V. folgendes berichtet:

Hier sollte vor einiger Zeit eine öffentliche Bildhauer-Versammlung stattfinden. Die Versammlung wurde aber von der Behörde verboten, weil — das Lokal nicht groß genug sei. Es wurde Beschwerde bei der Kreis-hauptmannschaft zu Roldan eingelegt. Diese Behörde hat aber die Beschwerde zurückgewiesen. Die Begründung ist einzig. Es heißt darin u. a.:

„Da die Versammlung als eine „öffentliche“ angemeldet war und so der Zutritt jedermann frei stand, so hätte angenommen werden müssen, daß sich an der geplanten Versammlung nicht nur die 30 bis 35 in Aue beschäftigten Bildhauer, sondern auch andere Personen betheiligt würden.“

Auf diese Weise wird also den Arbeitern das Versammlungsrecht, das ihnen gesetzlich gewährleistet ist, durch Verwaltungskunststücke zu Schanden gemacht.

### Oesterreich-Ungarn.

Die galizische Ausnahmezustandswirtschaft und ihre Uebererben am Dienstag im k. k. Reichsrath in Wien. Graf Thun hat dabei nicht gut abgesehen. Genosse Daszynski sprach vor drei Stunden, und das Haus folgte ihm ununterbrochen mit lebhaftem Interesse. Er sprach wahrhaft als Ankläger, der die Schädiger und Verdrücker des Landes und Volkes zur Verantwortung zieht. In dem düsteren Gemälde, das der Redner entrollte, treten alle auf, die Galiziens Entwicklung hemmen: eine schwache und furchtame Zentralregierung; ein Statthalter, dessen Verbindungen ihn an den Polenklub fesseln; der Polenklub selbst, die Samariterhände, die das Volk knechtet und auspovert; der Dorfjude, das uralte Faktotum der polnischen Schatzkisten, und nicht zum Schluß: eine antisoziale Administration des Landes, von der Daszynski grollen Proben gab. Und damit in dem traurigen Bild die Humor fehlte, so flossen Schilberungen ein von den galizischen Lumpen, die „zufällig“ erwischen, von dem galizischen Hauptmann, der auf 10 pCt. „operirt“, von dem Standrecht ohne Scharfrichter, kurz, von dem junkerlichen Uebermuth, der sich in Galizien in voller „Ursprünglichkeit“ bewahrt zu haben scheint. Mit unübersehbarer Logik hat Daszynski gezeigt, wie der Ausnahmezustand heraufbeschworen wurde von den eigentlichen Anstiftern der traurigen Judenrauwalle, und daß er einzig und allein jene Partei getroffen hat und treffen sollte, deren gesammte Thätigkeit darauf gerichtet ist, Galizien aus asiatischen Verhältnissen zu befreien und zu einem Kulturlande zu erheben. Gegen die Sozialdemokratie, gegen die einzige moderne, europäische Bewegung in unserem Lande wurden die Befugnisse des Ausnahmezustandes gebraucht, sie sollte vernichtet werden, vernichtet von dem Bezirkshauptleuten, die es nicht vertragen, daß Recht und Gesetz auch für die Arbeiter und Bauern in Anspruch genommen werden.

Die Rede war, darin hatte Graf Thun recht, eine Agitationssrede, die zum Kampfe ruft gegen das soziale und politische Parasitentum, welches das Unglück der polnischen Nation ist. Was Graf Thun dagegen sagte, war nicht viel und konnte den Eindruck der flammenden Vorlesung nicht verwischen. Der Ministerpräsident schilberte liebevoll alle Egeffe und wollte beweisen, daß sie die Verhängung des Ausnahmezustandes zur Nothwendigkeit machten. Aber bekämpft man Straßengezesse, Diebstahl und Raub durch Aufhebung politischer Rechte, durch Beseitigung der Pressefreiheit, des Briefgeheimnisses, des Vereins- und Versammlungsrechtes? Die entsetzliche Thatfache hat Graf Thun gar nicht verkannt: daß der Ausnahmezustand nur gegen die Sozialdemokratie praktiziert wurde, die doch mit den Erzeugnissen der Ursache seiner Verhängung, nicht das Geringste zu thun hatten, und daß die Verhängung ein Unrecht und keine Anwendung ein Mißbrauch war. Einige recht unglückliche Wendungen in der Rede entsetzten eine wenig schmeichelhafte Feiterkeit. Besonders übel erging es dem Grafen Thun, als er sich durch einen Zwischenruf verleitete, von dem böhmischen Ausnahmezustand zu sprechen, und die Jungtschechen zu Beugen aurt, daß er nie von der Linie der Gerechtigkeit abgewichen sei. Eine sonderbare Auffassung vom Parlamentarismus verrieth der Ministerpräsident in der Frage, daß der Genosse Daszynski „unter dem Deckmantel der Immunität“ ganz bestimmte Namen genannt habe. Mit Recht fragt unser Wiener Parteiorgan: „Ja, hätte der Minister es lieber gesehen, wenn in nichtsflegenden, unbestimmten Redewendungen unkontrollierbare Behauptungen aufgestellt worden wären? Und dann, mit Verlaub Deiner Exzellenz, die Immunität der Abgeordneten ist kein „Deckmantel“, sondern der Verfassungsmäßige Schutz, der ihnen die Möglichkeit giebt, aber auch die Pflicht aufzulegen, offen und rücksichtslos die Wahrheit zu sprechen und die Sache der wehrlosen Bürger gegen die Mächtigen und Uebermächtigen zu führen, auszusprechen, was der geknebelte und von den Mißethätern bedrohte Bürger nicht sagen kann.“

Das hat Genosse Daszynski in ebenso vortrefflicher wie rücksichtsloser Weise gethan. Und dem gegenüber ist bezweifelnder als das, was der Ministerpräsident sagte, das was er nicht sagte. Graf Thun hat nicht versprochen, eine strenge Unternehmung einzuführen, er hat nicht erklärt, die Thatfachen würden amtlich festgehalten werden. Seine Entrüstung galt nicht den aller schändlichen Verbrechen Beschuldigten, sondern dem Ankläger, und er konnte sich gar nicht fassen darüber, daß Daszynski die unerhörte Kühnheit hatte, in agitatorischer Weise, man denke, der „Herikalen Partei Bornwirke zu machen“ die Loyalität des Polenklubs in Zweifel zu ziehen und sogar die Militärbehörde in den Kreis seiner Erörterung zu ziehen.“ Daß Daszynski diese unverständlichen Heiligthümer angulaufen wagte, dünkt dem Grafen Thun Beweis genug, daß in der That die Sozialdemokratie eine Partei sei, gegen die vorgegangen werden müsse, und nicht einmal den Verdacht hat er abgewehrt, daß er auch die Mittel der galizischen Bezirkshauptleute billige. Er verläßt sich offenbar auf die bunte Majorität, die ihm im Abgeordnetenhaus noch zur Verfügung steht und bereit ist, die Anklageerträge niederzukümmern.

Genosse Daszynski stellte im Anschluß an seine Rede folgenden Antrag: Die Regierung wird aufgefordert, den auf Grund der Berord-

nung des Gesamtministeriums vom 30. Januar 1894 aus den  
Gerichtspräsidenten Wien, Kornenburg und Wiener-  
Neustadt im Laufe der Zeit vom 30. Januar bis 8. Juni 1891  
ausgewiesenen Personen die Rückkehr in den  
Bezirk der Suspension durch die Aufhebung der in Wien u.  
der Verordnung des Gesamtministeriums vom 8. Juni 1891 ent-  
haltenen Beschränkung unverzüglich zu gestatten. Die  
Regierung wird weiter aufgefordert, jene Ausweisungen, die ledig-  
lich wegen Betätigung an der politischen oder gewerkschaftlichen  
Arbeiterbewegung von der politischen Behörde in allen Kronlän-  
dern, besonders in zahlreichen böhmischen Industrieorten, massen-  
haft aber von der Prager Polizeidirektion verhängt  
wurden, sofort aufzuheben.

Der Präsident erklärte merkwürdiger Weise, der Antrag  
könne bei der Verhandlung der Ministeranfrage nicht gestellt werden.  
Es wird deshalb bei der Verhandlung der Regierungsvorlage über  
den Ausnahmestand eingebracht werden.

### Frankreich.

Die Revision des Dreyfus-Prozesses durch den Kas-  
sationshof schreitet rüstig vorwärts. Der Kassationshof  
konfrontierte am Mittwoch Nachmittag Picquart mit dem  
General Roger. Die Sitzung des Kassationshofes dauerte  
bis 6<sup>3/4</sup> Uhr Abends. Nach Beendigung derselben wurde  
Picquart nach dem Cherche Wibi-Gefängnis zurückgebracht.  
In der Behandlung von Dreyfus' sind wesentliche  
Wilderungen eingetreten. Der Minister für die Kolonien  
ermächtigte neuerdings Frau Dreyfus, ihrem Manne ein  
Telegramm zu senden. Das Telegramm soll an den Gou-  
verneur von Guyana adressirt werden, der es auf direktem  
Wege an Dreyfus gelangen lassen wird. Der Fall  
Picquart steht zur Zeit im Vordergrund des Inter-  
esses. Nach einer Meldung aus Paris entschied General  
Bartinden definitiv, daß Picquart vor ein Kriegs-  
gericht gestellt werde. Freycinet hat sich also  
gefügt und Picquart wird der Prozeß gemacht, was für  
einer, kann man sich vorstellen, wenn man berücksichtigt,  
daß der heute noch amtierende Generalstab das Kriegs-  
gericht zusammensetzen und das Urtheil souffiren wird.  
Die Justiz gegen Dreyfus könnte also sehr wohl  
eine zweite Auflage erleben, wenn Freycinet nicht  
wenigstens in dieser Hinsicht Vorsorge trifft. Presse  
erläßt auch bereits in der „Aurore“ einen Aufruf an  
alle denkenden Männer Frankreichs sich zu einigen, um  
gegen die Ungerechtigkeit, mit welcher Picquart verfolgt  
wird, zu protestiren, um es unmöglich zu machen, dem  
schändlichen Dreyfusprozeß einen noch schändlicheren  
Picquartprozeß folgen zu lassen. Die verschiedenen Ver-  
läumdungsprozesse, in denen Picquart der Kläger ist und  
die Donnerstag zur Verhandlung kommen sollten, sind  
auf den Antrag seines Anwalts auf den 21. Dezember  
vertagt worden. Der Kassationshof ist unnahbar für die  
Generalstabintriguen und ganz allgemein gilt auch die  
Sache des Kapitän Dreyfus für entschieden. Die Re-  
vision wird höchst wahrscheinlich nicht nur die Frei-  
sprechung Dreyfus, sondern die Strafverfolgung Mercier's,  
Boisdeffre's, Gonse's, Dupaty's und der Militärgerichts-  
Funktionäre bringen, welche gesetzwidrig Recht sprachen.  
Für diese Aktion soll Picquart als be-  
strakter Verräther zeugnisunfähig ge-  
macht werden, denn er als einziger Chef des Rund-  
schafferdienstes weiß viel zu viel, und sein Zeugnis könnte  
vernehmend werden. Deshalb giebt man nothgedrungen  
Dreyfus frei, dessen Schicksal doch nun durch den  
Kassationshof allein bestimmt wird, das heißt allen  
Machinationen entrückt ist, und stützt sich auf Picquart.  
Die Rechtsbrecher kämpfen erst jetzt recht eigentlich um  
ihre eigene Freiheit. Aber wenn Picquart nach rechts-  
widriger Verurteilung den Kassationshof anruft, wird  
all die Sabelhittigkeit nur einen Ausschub des Verhäng-  
nisses ermöglichen haben. Das Verhängnis selbst!

### England.

Unternehmer-Koalition. Aus London wird be-  
richtet: „Nachdem schon seit einigen Monaten über die  
Gründung eines Verbandes der Unternehmer verhandelt  
worden war, hat nun eine Versammlung von Vertretern  
zahlreicher Industrien stattgefunden, in der zwei Resolutionen  
gefaßt wurden. Die erste besagt, daß es nach der An-  
sicht der gegenwärtigen Vertreter der Unternehmer-Ver-  
bände des vereinigten Königreichs wünschenswerth sei,  
einen parlamentarischen Ausschub von Unternehmern ein-  
zusetzen, der über Bills, die in beiden Häusern des Par-  
laments eingebracht werden, zu berathen und ihnen gegen-  
über Stellung zu nehmen hätte, soweit sie die Interessen  
des Handels, des freien Kontrattes und der freien Arbeit  
betreffen. Ein zweiter Beschluß genehmigte den von einem  
provisorischen Komitee verfaßten Entwurf über die Statuten  
des parlamentarischen Ausschusses der Unternehmer des  
vereinigten Königreichs. Der Unternehmer-Verband soll  
ein Gegengewicht gegen die geplante Verbindung sämt-  
licher Gewerksvereine zu einem einheitlichen Ganzen bilden.“

### Lübeck und Nachbargebiete.

25. November.  
Achtung, Tabakarbeiter! Wegen Lohnunterschieden ist  
der Zuzug nach der Fabrik Rose u. Schweighofer,

gr. Petersgrube, streng fernzuhalten. Das Bureau be-  
findet sich Leberstraße 3. Die Streikkommission.

Eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung findet am  
Sonntag Abend 8<sup>1/2</sup> Uhr im Vereinslokal statt. Ueber „Die  
Situation des Streiks“ wird das Vorstandsmitglied H. Jange  
aus Bremen sprechen.

Satte Moral. Der „General-Anzeiger“  
schreibt, daß in letzter Zeit das Bettlerwesen  
in erheblichem Maße zunehme. Es handle sich weniger  
um auf der Reise befindliche Handwerksgehilfen, als um  
arbeitscheues Gesinde. Diese Kategorie Men-  
schen halte sich wochenlang an einem Orte auf und mache  
theilweise eine ganz gute Beute. — Wir möchten dem  
dummredigen Schreiber dieser Sätze empfehlen, einmal  
14 Tage lang ohne Geldmittel zu „walzen.“ Er würde  
höchstwahrscheinlich schon nach 24 Stunden „sechten“  
gehen. Daß die mit Eintritt des Winters sich verrin-  
gernde Arbeitsgelegenheit Tausende auf die Landstraße  
jagt, davon weiß der satte Mann jedenfalls nichts.

Bom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen einen  
Sattler, dem ein Schuhmacher der Untererschlagung von  
20 Mk. beschuldigt. — Erschwindelt hat ein junges  
Mädchen von einem Geschäftsmann für 13 Mk. Brief-  
papier. — In Haft gerietten 6 Bettler, 1 Trunkener.

Testamentsverlesungen. Montag, den 28. November,  
werden vor dem Amtsgericht (Zimmer Nr. 7) eröffnet  
werden: 1. das gegenseitige Testament des hieselbst am  
24. Dezember 1889 verstorbenen Privatmanns J. S. S.  
Jue und seiner am 14. November 1898 verstorbenen  
Ehefrau A. D. geb. Müller; 2. das gegenseitige Testa-  
ment des hieselbst am 14. November 1898 verstorbenen  
Weichenwärters J. S. A. Bräggemann und seiner Ehe-  
frau L. E. geb. Japp.

Erklärung. In der Sitzung des Amtsgerichts vom  
24. d. Mts. hat die unverehelichte Johanna Maria  
Dorothea Wötcher, wohnhaft hieselbst, in Veranlassung  
ihrer bevorstehenden Verheirathung mit dem Arbeiter Joh.  
Christian Friedrich Heide hieselbst die Erklärung abgegeben,  
daß sie für die Verbindlichkeiten ihres künftigen Ehe-  
mannes überall nicht haften wolle.

Jaczenburg. Zwei Versammlungen,  
welche sich mit den Gemeinderathswahlen be-  
schäftigten, fanden am Donnerstag Abend bei Paetau-  
Jaczenburg und Mau-Stockelsdorf statt. Referenten  
waren die Genossen Kasch bzw. Bartels-Lübeck.  
Der Besuch war ein zufriedenstellender, der Verlauf ein  
guter. Beide Redner stellten die Wichtigkeit der dies-  
maligen Wahl in das rechte Licht und wiesen an zahl-  
reichen Beispielen nach, was die Arbeitervertreter in den  
Kommunen auszurichten vermögen.

Schwartau. Eine öffentliche Gemeinde-  
wählerversammlung fand am Mittwoch im  
Lokale des Herrn Lindner statt. Als Referent war  
Genosse Th. Bartels aus Lübeck erschienen, der über  
die am 28. d. Mts. stattfindende Gemeinderathswahl  
sprach. In längerem Vortrag bewies der Referent, wie  
nothwendig die Bethheiligung an den Gemeinderathswahlen  
sei. Nach dem Vortrage wurden 5 Kandidaten auf-  
gestellt. In der Diskussion forderte Zimmermeister Noack  
die Versammlung auf, in der nächsten Bürgerchafts-  
versammlung zu erscheinen, um da ihre Meinung zum  
Ausdruck zu bringen. Die Versammlung, die gut besucht  
war, wurde mit einem Hoch auf die internationale Arbeiter-  
bewegung geschlossen.



**Parteiengenossen im Fürstenthum Lübeck!**  
Agitirt eifrig für die Bethheiligung an den  
Gemeinderathswahlen!



Putin. Am Abend vor der Wahl, am  
Dienstag, den 29. d. Mts., wird Genosse Bartels-  
Lübeck über die Gemeinderathswahl bei Schröder refe-  
riren.

Fissan. Bei der Gemeinderathswahl,  
welche am Mittwoch stattfand, siegte die Liste der  
von den Arbeitern aufgestellten Kandidaten mit 65  
bis 110 Stimmen. Die Gegner erhielten 44 bis 45  
Stimmen. Arbeiter, d. h. Nichtbesitzer, standen diesmal  
nicht zur Wahl, die Gegner hatten deshalb 4 von den  
Arbeitern vorgeschlagene Kandidaten acceptirt. Konnten  
die Arbeiter nach Lage der Dinge auch keine Vertreter  
ihrer Klasse durchbringen, da sie die 4 Sitze bereits inne-  
haben, so ist es ihnen doch gelungen, zwei Wähler,  
welche als schroffe Gegner der Arbeiterschaft bekannt sind,  
aus dem Gemeinderath hinauszudrängen. Die  
Bethheiligung war keine besonders starke auf beiden Seiten.

was wohl darin seinen Grund hat, daß keine starke Ver-  
schiebung möglich war, und daß der Weg zur Wahlurne  
ein weiter war.

Altona. Der Majestätsbeleidigungs-  
prozeß gegen den angeblichen Anarchisten  
Schirmacher Oldenburg fand Donnerstag vor  
dem hiesigen Landgericht sein Ende. Die Verhandlung  
fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, so daß wir  
nicht in der Lage sind, eingehend darüber zu berichten.  
Die Anklagebehörde schien der Person des Angeklagten  
besondere Wichtigkeit beizumessen, denn sonst ist es nicht  
zu verstehen, daß der Erste Staatsanwalt in dieser Sache  
amtirte, während in den anderen zur Verhandlung ge-  
kommenen Fällen Assessor Dr. Jäger die Staatsanwalt-  
schaft vertrat. Nach früheren Mittheilungen handelte es  
sich darum, daß der wegen Eigentumsvergehen vorbe-  
strafte Angeklagte sich hier selbst als Anarchist aufspielte  
und Aeußerungen gethan hat, wodurch der deutsche Kaiser  
beleidigt sein soll. Bei dieser Gelegenheit soll der Ange-  
klagte hochgradig angetrunken gewesen sein. Das ist die  
ganze Geschichte von dem „gefährlichen Anarchisten“  
Oldenburg. So harmlos sie auch sein mag, so schlimme  
Folgen hat sie für den Angeklagten gehabt. Derselbe  
wurde antragsgemäß zu drei Jahren Gefängnis  
verurtheilt. — Aus dem großen Anarchistenpul ist ein  
gewöhnlicher Majestätsbeleidigungsprozeß geworden. Wie  
werden das die Schirmacher beklagen.

Harkburg. Wegen Verdicts des Mein-  
eides in einer Privatklage war gegen die Genossen  
Schulze und Mau in Wilhelmsburg eine  
Untersuchung eingeleitet, worden und hatte man Schulze  
in Untersuchungshaft genommen, während Mau, der  
gleichfalls inhaftirt werden sollte, nicht aufzufinden war.  
Nach Abschluß der Voruntersuchung ist das Verfahren  
eingestellt worden. Schulze wurde am Mittwoch nach  
mehrwöchentlicher Untersuchungshaft im Stader Gefäng-  
nis als unschuldig entlassen. Auch Mau ist außer Ver-  
folgung gesetzt worden. Wer entschädigt nun den schwer  
betroffenen, unschuldig inhaftirt gewesenen Mann?

Hlensburg. Ein „Arbeitswilliger.“ Schwere  
Verletzungen wurden einem Brieftträger in Raasbüll bei  
Hlensburg von einem der italienischen Maurer,  
die hier als Arbeitswillige beim Schlachthofbau thätig  
waren, zugefügt. Der heißblütige Italiener stach dem  
Brieftträger ein langes Messer, wie erzählt wird, mit solcher  
Wucht in den Arm, daß das Messer durch den Arm hin-  
durch in die Seite des Verletzten eindrang und die Lunge  
beschädigte. Der Raufbold wurde sofort in Haft ge-  
nommen.

Riel. Wegen Majestätsbeleidigung  
verurtheilt die hiesige Strafkammer den Arbeiter Hoff-  
mann aus Rendsburg zu zwei Monaten Ge-  
fängnis. Hoffmann befand sich im Juni auf einer  
Vergnügungstour in Kiel, als die Kaiserin gerade eintraf.  
Beim Bahnhof stand der etwas angetrunkene Hoffmann,  
der nach Rendsburg zurückfahren wollte, und soll er der  
Kaiserin eine unflätige Aeußerung zugerufen haben, die  
vom Ingenieur Mangelsdorf gehört und zur Anzeige  
gebracht wurde. In dieser Angelegenheit fanden bereits  
drei Termine statt, da vom Gericht stets beschloffen  
worden war, noch neue Zeugen zu laden. Auch die  
jetzige Verhandlung wäre bald in Frage gestellt worden,  
da der Hauptzeuge, der Denunziant Mangelsdorf, nicht  
erschieden war. Der Angeklagte bestritt ganz entschieden,  
sich in der in der Anklage behaupteten Weise ausgelassen  
zu haben. Das Gericht erachtete ihn jedoch durch die  
Aussage des Mangelsdorf, sowie eines Schuhmannes für  
überführt und erkannte wegen der rohen Ausdrucksweise,  
wie beantragt, auf zwei Monate Gefängnis. Mangels-  
dorf wurde wegen unentschuldigtem Ausbleibens zu einer  
Geldstrafe von 20 Mark verurtheilt. Die Verhandlung  
fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Teterow. Der Maurerstreik dauert fort;  
jeder Kollege muß daher Teterow meiden. Nur wenn der  
Zuzug fern gehalten wird, kann der Sieg unser sein. Die  
italienischen Arbeitswilligen haben sammt und sonders  
Teterow den Rücken gekehrt. Angenehme Erinnerung  
haben sie selbst bei den Unternehmern nicht zurückgelassen.

Stadttheater. Sonntag, den 27. d. Mts., findet zu ein-  
fachen Preisen die vierte große Doppelvorbereitung statt. Zur  
Aufführung gelangt Mozarts reizende Oper „Die Entführung  
aus dem Serrail“, hierauf der mit so großem Beifall aufge-  
nommene Moser'sche Schwan „Das Stiftungsfest“ Nach-  
mittags findet zu kleinen Preisen die zweite Sonntagnachmittags-  
vorbereitung mit „Mutter Thiele“, Charakterbild in 8 Akten  
von Ad. P. Arronge, statt. Die Abendvorbereitung beginnt um halb  
7 Uhr. Die nächste Aufführung von „Götterdämmerung“  
findet kommenden Montag statt.

Sternschanz-Viehmarkt.  
Hamburg, 24. November.

Der Schweinehandel verlief sanft.  
Zugeführt wurden 1070 Stück. Preise: Verlandtschweine, schwere  
54-56 Mk., leichte 55-56 Mk., Sauen 45-50 Mk. und Ferkel  
52-55 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt  
die Redaktion dem Publikum gegenüber  
durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen  
Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten  
inseriren, zu berücksichtigen und belohnt.  
Anfragen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke,  
welche uns zu unserer Silbernen Hochzeit zu Theil  
wurden, sagen wir allen Verwandten und Be-  
kannten hiermit unsern herzlichsten Dank.  
F. Zimmermann und Frau.

Unserer Freundin **Wilhelmine Seiden-  
lad** zu ihrem 86. Weigenseft  
die besten Glückwünsche!  
H. V. W. K.  
Zu verkaufen 1 Arbeitshütten zum Bienen,  
1 Paar Panteln, je ca. 45 Pfd.  
schwer (für Athletenclubs), ca. 140 gebrachte  
Dachpfannen Schlumacherstraße 1.  
Ein Haus  
im Steinrader Weg, woselbst eine gut gehende  
Kramerei betrieben wird, ist für 12500 Mk. mit  
1500 Mk. Anzahlung sofort zu verkaufen.  
Nächstes Ziegeleistraße 1f.  
ff. Bitello-Margarine, stets frisch,  
Pfd. 70 Pfg.  
empfehl. Frommshagen, Mühlentstraße 81.

**MARGARINE**  
wie Naturbutter  
Pfd. 50 und 55 Pfg.  
Joh. Nagel, Gugelstraße 51.  
**Prima vide Flohmen**  
Pfd. 60 Pfg.  
**W. C. Köpcke**  
Schlachterei und Wurstfabrik, Rittingenberg 4.

Neue grüne  
„ gelbe  
„ geschälte **Erbsen**  
neue weiße Bohnen,  
leicht brechend,  
neue Pflanzen, Kirschen etc.  
**Ludw. Hartwig**  
Obertrave 8.  
**Gemüse-Conserven**  
von der Conserven-Fabrik D. H. Carstens  
empfehl. in allen Dosen-Größen  
Obertrave 8. Ludw. Hartwig

# Umsonst

nicht, aber billiger wie die Neuenrader Versandgeschäfte liefere ich die Harmonika's, da kein Risiko, kein Porto, keine Nachnahmegebühren berechne, dazu der Hauptvorteil, daß man sich selber aussuchen und probieren kann, jedenfalls ein Umstand der zu beachten ist.

Wenn zu Weihnachten die Ausgabe mit einmal zu groß wird, aber eine Harmonika gerne schenken möchte, kann schon jetzt sich eine aussuchen und zahlen nach und nach den Betrag ab, wie es die Einkünfte erlauben. Der Preis bleibt derselbe wie beim Baar-Einkauf. Dieselbe Erleichterung gewähre auch auf alle andern Instrumente.

## Musikhaus Jack

Königstraße 96.

Spezialität: Neuheiten in Musik-Verkauf.

## Otto Sünnewald

1 Fadenburger Allee 1

empfiehlt billigt

## Arbeiter = Artikel

als:

Barchendhemden, Regattahemden und Blousen, blaue Blousen, schräg und gerade geknüpft, schwarze Kassen, Doppjaken, Jagdwaffen, sowie sämtliche Unterzeuge.



## Wilh. Oldenburg,

Korbmacher

26 Fünfhausen 26

empfiehlt sein Lager sämtlicher

## Korbwaren

zu billigen Preisen.

Reparaturen prompt und gut.

Hängelampen, Tischlampen, Ampeln, Candelaber und Küchenlampen, beste Brenner, billige Preise.

H. Gröper, Mengstr. 18.

Solange der Vorrath reicht, habe ich eine Parthie sehr billige kleine und große

## Kinderkappen

von 40 Pfg. an zu verkaufen.

Anna Pape, Wahnstraße 1.

## Keine Preiserhöhung.

Die allerfeinste

## Süßrahm-Margarine

kostet nach wie vor nur 55 Pfg. per Pfd.

## Tafel-Margarine

Pfd. 50 Pfg., 2 Pfd. 95 Pfg.

## Feines Schmalz

(garantirt rein), Pfd. 40 und 45 Pfg.

## Feines Zwiebel-Schmalz

(fein im Geschmack) Pfd. 50 Pfg.

## J. Brockmüller

Gr. Burgstraße 1

(Ede Burgthorzingel).

Prima Rothwurst Pfd. 50 Pfg.

" Sülze Pfd. 60 Pfg.

" Rohwurst Pfd. 60 Pfg.

" Geräucherte Pfd. 1 Mt.

sowie sämtliche

Käse-, Wurst- und Aufschnitt-Waaren.

## Heinr. Franck

Wahnstraße 67.

## Zum Tannenhof.

Louisenstr. 18 b (vor d. Burgth., neb. Louisenlust)

(in nächster Nähe der Wert).

Großer Mittagstisch von 12-1/2 Uhr

zu 1/2 Person 40 u. 50 Pfg.

Täglich zur Auswahl: Beefsteak, gebratene Leber, Gulasch, gebratene Fische, Ragout, Sauerbraten, Schmorbraten, Carbonade, gekochte Fische, Fricadellen, Schweinebraten, Klops, Rinderbr. z. Herten jeden Mittag 3 Theile z. Ausw. vorr.

Abendessen von 6-1/2 Uhr à Pers. 30 u. 40 Pfg.

# Sarg-Magazin

ob. Mühlenstr. 13.

## Gebr. Müter

Fernspr. 427.

Grösstes Lager am hiesigen Platze. Billige Preise.

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen. Ueberführung von u. nach Auswärts.

Wegen Geschäfts-Verlegung nach Mühlenstr. 34, Ede Kapitelfraße, findet ein großer

# Schuhwaren-Ausverkauf

mit 10% Rabatt statt.

NB. Zurückgegebene Waaren werden unter dem Einkaufspreis verkauft.

## Fr. Baurenfeind, Mühlenstr. 32, Ede Kapitelfstr.

Bei sehr gestiegenen Naturbutterpreisen bietet für Naturbutter vollkommensten Ersatz

## Korpsstabsapotheker Bernegau's

# Vitello-Margarine

gef. geschlkt unter Nr. 20802 und 21486 D. M. P. 97057.

Die Vitello-Margarine besitzt dieselben Eigenschaften wie beste Naturbutter, schmilzt sich ebenso schön aus, bräunt ebenso schön, reagirt beim Kochen und Backen ebenso ohne zu spritzen und entwickelt einen lieblicheren, angenehmeren Geruch.

## Höchster Nährwerth!

Preis pro Pfund 70 Pfg.

Su haben in den einschlägigen Geschäften.

Van den Bergh's Margarine-Gesellschaft Cleve.

Betreter für Lübeck und Umgegend:

## Johs. Klüssmann, Lübeck,

Bedergrube 68.

## Fettwaaren-Special-Geschäft

## Breitestr. 60a C. Harz Sandstraße 27

Hochf. Margarine Vitello Pfd. 70 Pfg.

" " Creme Pfd. 58 Pfg.

Tafel Pfd. 48 Pfg.

Prima grüne Erbsen Pfd. 12 Pfg.

" weiße Bohnen Pfd. 12 Pfg.

" dicke Flohmen Pfd. 60 Pfg.

" Tilfiter Fettkäse Pfd. 60 Pfg.

# Brauerei Paulshöhe

vorm. A. Spitta

zu Ostorf bei Schwerin i. M.

empfiehlt ihre

aus feinstem Hopfen und Malz gebrannten Lager- und Pilsener Biere.

Gest. Aufträge wolle man richten an unseren Vertreter:

Herrn Martin Müller, Lübeck.

# Elbschloss-Brauerei Nienstedten

empfiehlt ihre aus bestem Hopfen und Malz gebrannten

## Lager-, Pilsener und Märzen-Biere

in Flaschen u. Gebinden von 10 Ltr. an frei ins Haus.

General-Vertreter für Lübeck und Umgegend:

A. Brüne, Lübeck, Königstraße 24.

## Karl Willenbrock's

## Möbel-Magazin

9 Marlesgrube 9.

Complete Wohnungs-Einrichtung:

Wohnzimmer  
Schlafzimmer  
Küche

Zusammen:  
275 Mt. baar.

## Getr. Rinderdärme,

Gewürze, ganz und gemahlen, Gerstgrütze

hält bestens empfohlen

Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Sammelfleisch, per Pfd. 50 Pfg.

M. Lahrtz, Böttcherstraße.

Empfehle mich mit Reparaturen von Schuh-

waren:

Herrensohlen mit Abj. v. 1,50 b. 3 Mt.

Damensohlen mit Abj. v. 1 bis 2 Mt.

Christoph Westphaling, Schuhmacher

Fackenbrg.

## Weisse Gucke

die sich vorzüglich zu Handtüchern eignen,

empfiehlt

H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge.

Fischergrube 61.

Obst, Kartoffeln und Feuerung

zu den billigsten Preisen liefert frei in's Haus

W. Gammelien, Mittelstraße 12a.

Parthie!

# Höchste Zeit

ist es nun für Jedermann seinen Bedarf in Winter-Garderoben

zu beden. Unser Specialhaus bietet dem w. Publikum außerordentliche Vorteile durch Räumung großer Parthieposten gebiegener und moderner Kleidungsstücke -- auch für ganz corpulente Herren, -- die wir zu ungläublich billigen Preisen gegen baar abgeben.

## Große Posten:

Herren-Winter-Paletots statt 13 mit 8 Mt.  
Winter-Paletots, Strimmer, " 17 " 11 1/2  
Winter-Paletots, Cosimo, " 18 " 12 1/2  
Winter-Paletots, Sport, " 24 " 16  
Winter-Paletots, Latine, " 27 " 19  
Winter-Paletots, ff. m. Atlas, " 40 " 20  
Winter-Herren-Mäntel statt 18 " 12  
Winter-Herren-Mäntel " 36 " 24  
Winter-Herren-Joppen " 7 " 4 1/2  
Winter-Joppen, Double, " 8 " 6  
Winter-Joppen, In. Voden, " 13 " 8 1/2  
Winter-Jackets, warm gefüt., " 10 " 6 1/2  
Winter-Herren-Hosen statt 4 " 2 1/2  
Winter-Herren-Hosen " 8 " 3 1/2  
Winter-Knaben-Mäntel " 4 " 2 1/2  
Winter-Knaben-Anzüge " 5 1/2 " 3 1/2  
Knaben-u. Jüngl.-Hosen nur 60, 80 Pfg. an  
Arbeiter-Garderoben spottbillig.  
1 Kleiderbürste gratis.

## Welthaus Goldene 33

Lübeck, Breitestr. 33, eine Treppe.

Klein Laden.

# Zum Bellkartoffeleffen

am Sonnabend den 26. Nov. Abends 8 Uhr, ladet freundlichst ein G. Lorenzen, Margarethenstraße 9.

## Tivoli - Garten.

### Lübecker Hippodrom.

Eröffnung:

Sonnabend den 26. Nov., Abends 8 Uhr. Erstes gr. Herren- und Damen-Reiten. Die Direction.

## Ausspielen von

fetten Gänsen, Karpfen, Handfleisch auf einem Ziehbillard

am Sonnabend den 26. November.

Anfang 10 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein R. Wachs, Wahnstraße 44.

## Circus Variété

Nur noch wenige Vorstellungen.

### La Cadour

und das großartige Programm.

Wer Cadour nicht gehört,

hat nichts gehört.

Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

Sonntag: 2 Extra-Vorstellungen.

Nachmittags billige Preise.

# Stadttheater in Lübeck.

Sonnabend den 26. November. Kleine Preise.

## Romeo und Julia.

Tranerspiel in 5 Akten von W. Shakespeare.

Sonntag den 27. November. Nachm. 4 Uhr.

## Mutter Thiele.

Charakterbild in 3 Akten von Ad. Sarrange.

Kleine Preise. Anfang 4 Uhr.

Abends 6 1/2 Uhr:

4. gr. Doppelvorstellung zu einfachen Preisen.

## Die Entführung aus dem Serail.

Oper in 4 Akten von A. Mozart.

Hierauf:

## Das Stiftungsfest.

## Unternehmer-Terrorismus.

Der Streit der Remscheider Arbeiter, von dem wir schon mehrfach unter der Rubrik „Soziales“ berichtet haben, ist eine Folge des Arztestreites, der um die Praxis in der Orts-Krankenkasse geführt wurde. Wie bekannt, ist dieser Konflikt zu Ungunsten der Ärzte ausgefallen. Die Ärzte sahen sich durch die Anstellung der ganz im Dienste der Kasse gestellten Ärzte schwer geschädigt und haben sich nun hinter die Fabrikanten gestellt, um auf anderem Wege zu ihrem Ziele zu gelangen. Die Errichtung der Betriebs-Krankenkasse würde die Orts-Krankenkasse in ihrem Mitgliederstand bedeutend herabsetzen und die Verwaltung käme in die Hände der Unternehmer, die dann auf diese Weise den Ärzten zur Wiebergewinnung ihrer Praxis behilflich wären.

Für die Arbeiter, die den größten Betrag zu den Kosten der Krankenversicherung ausbringen müssen, ist es von Bedeutung, auch auf die Verwaltung ihrer Kassen Einfluß zu haben und nicht vom Wohlwollen der Unternehmer abhängig zu sein. Die Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung zeigen zur Genüge, wie mit den Arbeitern umgesprungen wird, wenn solche Institute sich ganz in den Händen der Unternehmer befinden. Dazu kommt aber, daß die Arbeiter Mitglieder einer sundierten Kasse sind. Für die neue Kasse müssen sie vor allen Dingen selbst den Grundstock zur Kasse herbeischaffen. Deshalb betrachten wir es als das gute Recht der Arbeiter, in solchem Falle in den Vorstand zu treten, um sich gegen die Verschlechterung ihres Kranken-Versicherungs-Verhältnisses zu schützen. Der Kampf ist nicht der erste und wird auch nicht der letzte sein, den die Orts-Krankenkasse zu führen hat. Wir wollen dabei eine kurze Schilderung wiedergeben, die in der Elberfelder „Freien Presse“ über diese Kämpfe zu finden ist.

Die Kasse hatte seiner Zeit die Absicht, ein Krankenhaus zu bauen, weil es in Remscheid mit der Behandlung im Krankenhaus recht dürftig bestellt ist. Sofort schritt die Behörde ein. Der behördliche Apparat funktionierte schnell. Verbote, Strafandrohungen, ev. Amtssuspensionen waren die Liebenswürdigkeiten, die auf den Vorstand herunterregneten. Der Vorstand war zwar — wie selbst der Herr Handelsminister Bresselt entschieden hat — im Recht, aber trotzdem liegt das gefauste Grundstück noch brach und verschlingt dadurch nach wie vor eine erhebliche Zinssumme.

Zu der vorigen Angelegenheit kam dann der Apothekerstreit. Diese Monopolbesitzer wollen ihr Privilegium ungeschmälert und konkurrenzlos ausnützen. Der Vorstand war der Ansicht, daß diese Herren auch den Angehörigen der Kassenmitglieder einen Rabatt von 10 Prozent bewilligen könnten und man auch den Drogisten gerechter Weise die Mittlieferung nicht vorenthalten dürfe. Der Kampf dauerte zwei Monate lang. Der Vorstand wurde wiederum mit denselben Liebenswürdigkeiten regaliert wie im vorigen Falle, dieselben waren nur durch einige Zugaben vervollständigt. Der Streit endete schließlich mit einem Vergleich.

Es folgte die Anstellung eines weiblichen Arztes, der Frau Dr. med. Gisela Kuhn. Behördliche Recherchen begannen. Die Kassenmitglieder, Frauen und Mädchen, waren dem Vorstand dankbar. Nicht so die Ärzte, welche in dem „Weibe“ eine unberechtigte Konkurrenz er-

blickten und auch ihren Aerger an der Frau Dr. med. Kuhn und am Kassenvorstande ausließen. Verbote, Strafandrohungen und schließlich Bestrafungen waren die Antworten auf eine That, welche unseres Erachtens der Unterstützung der höheren Behörden werth wäre.

Nun folgt der jetzt begonnene Kampf, der die Schädigung der Kasse zur Folge hat. Die Arbeiter werden sich durch das Geschrei der Unternehmerpresse nicht in ihrem Entschlusse irren lassen, sie sind die zunächst Interessirten bei der Sache, die Unternehmer haben unter der Verschlechterung des Versicherungsverhältnisses nicht zu leiden, sondern nur Vortheile zu erwarten.

Selbsterständlich ergreift die ganze konservative und nationalliberale Presse Partei für die Fabrikanten, und zwar, indem sie sich des Schwindels schuldig macht, die Stellungnahme der Arbeiter als „sozialdemokratischen Umrtrieben“ entsprungen, hinzustellen. Die „Kölnische Zeitung“ mißt dem Vorstande der Ortskrankenkasse die „Rolle eines sozialdemokratischen Streikauschusses“ bei und nennt dessen von uns mitgetheilten Aufruf an die Arbeiter Deutschlands eine „Fehl-Rundgebung“, angeeignet „von der Besorgniß, die Macht der sozialdemokratischen Partei und der von ihr beherrschten Krankenkasse, ihr Terrorismus über die Ärzte könne eine Einschränkung erfahren.“ Das Kapitalistenblatt bemerkt dann weiter:

Die Ursache dieser auffallenden Rundgebung der Kasse, der von Beamten der Krankenkasse durch Abhaltung von Arbeiterzusammenkünften kräftig vorgearbeitet wurde, ist lediglich der Umstand, daß etwa 80 Arbeitgeber, die im Interesse ihrer Arbeiter die Gründung von Fabrik- bzw. Betriebskassen ins Auge gefaßt hatten, solche am 1. Januar nächsten Jahres ins Leben treten lassen wollen. Wir erleben also das eigenartige Schauspiel, daß im Interesse der Sozialdemokratie durch einen Ausschuss die Gründung von Betriebskrankenkassen bekämpft wird, die den Arbeitern höhere Leistungen als die Ortskrankenkassen, die freie Wählerwahl bieten und den Arbeitern die Ausbringung der Verwaltungskosten ersparen wollen.

Das heißt denn doch, die demagogische Heuchelei auf die Spitze treiben. Ueber die alberne künstliche Verquickung der Sache mit den „Interessen der Sozialdemokratie“ wollen wir kein Wort verlieren. Aber bemerken müssen wir, daß es eine große Anmaßung ist, wenn Unternehmer „ihre“ Arbeiter zwingen wollen, der Ortskrankenkasse zu entsagen und sich einer Betriebskasse anzuschließen. Die Behauptung, daß das „im Interesse der Arbeiter“ geschehen solle, wird am besten dadurch widerlegt, daß die Arbeiter die ihnen zugebacht „Segnung“ gar nicht wollen. Sind die Betriebskrankenkassen in der Regel an sich schon ein Unwesen, wesentlich mit dem Zwecke dienend, dem Terrorismus der Unternehmer gegen „ihre“ Arbeiter Vorschub zu leisten, so werden sie es erst recht dann, wenn sie, wie im vorliegenden Falle, ganz offenbar darauf berechnet sind, unter dem Vorzeichen einer „Bekämpfung der Sozialdemokratie“, den Arbeitern ihr Selbstbestimmungsrecht im Krankenwesen zu nehmen.

## Soziales und Partei-Leben.

Wegen angeblicher Majestätsbeleidigung wurde der Parteigenosse Schaal-Solingen seitens der Strafkammer in Düsseldorf nach dem Antrage des Staatsanwalts zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Beleidigung wurde gefunden in einer Rede, die Schaal in einer seitens des Gewerkschaftsartikels am 27. September ds. Js. einberufenen öffentlichen Protest-Versammlung gegen die drohende Zuchthausvorlage gehalten hat.

Der Agent tänzelte ins Zimmer. Als er Parker erblickte, blieb er plötzlich wie betreten stehen.

„Du! das scheint ja Ernst zu sein!“ sagte er ungerührt, reichte dann Parker zwei Finger seiner Hand und fragte unsicher: „Doch nicht ansteckend, wie?“

„Nein,“ beruhigte Parker und gleich darauf, als wollte er dem lästigen Besuch so rasch als möglich ein Ende machen: „Aber ich bin krank genug, um das Konzert nicht abhalten zu können.“

„Das sehe ich Ihnen an, Verehrtester... anfangs wollte ich ja die Geschichte Ihrer plötzlichen Erkrankung nicht recht glauben, ich dachte, Sie machten Ausflüchte, der Sängerkreis wegen“, flügte er ganz leise hinzu, einen diskreten Blick auf Therese werfend, die abseits stand und an den Fenstervorhängen nestelte.

Parker zog die Brauen zusammen... es peinigte ihn, daß jeder sich das Recht anmaßte, seine innersten Empfindungen zu erlauschen und zu beurtheilen.

„Mich hat nichts an der Erfüllung meiner Pflicht hindern können, als meine Krankheit,“ sagte er trocken.

„Sie müssen schon damals unwohl gewesen sein, als Sie zum letzten Mal in meinem Bureau waren.“ — und abermals leise, aber mit roher Brutalität: „Das Wiedersehen mit Ihrer ersten Frau hat Sie doch mächtig angegriffen.“

Parker schnellte zornig aus seiner halbliegenden Lage empor, aber ein heftiger Hustenanfall schnitt ihm jedes Wort ab.

„Es ist eine Erkältung, nichts als eine Erkältung“, keuchte er endlich und ballte die Hand.

Therese war herbeigeeilt, um ihn zu stützen.

„Gehen Sie“, wandte sie sich bittend an den Agenten, jedes Gespräch regt ihn auf, er bedarf der größten Schonung.“

Fuchs erhob sich langsam und blieb dann ungeschlüssig am Betttrand stehen.

„Ja, wie ist es — wann glauben Sie, kann Ihr für heute angekündigtes Konzert mit Clara Gart stattfinden?“

In Remscheid ist die Zahl der durch das Vorgehen der Fabrikanten gegen die Ortskrankenkasse in den Streik getriebenen Arbeiter auf 3000 angewachsen. Die Streikenden erlassen einen Aufruf an die deutschen Arbeiter, worin um Fernhaltung des Zugangs und um finanzielle Unterstützung gebeten wird. Gelder, Anfragen und sonstige Briefsendungen sind zu richten an Gustav Schneppendahl, Remscheid, Elberfelderstraße 32.

Essen. In der Krupp'schen Fabrik werden zur Zeit viele Arbeiter entlassen, in einem Betriebe 160 Mann. Leute, die bereits lange Jahre, zehn Jahre und mehr, bei Krupp gestonbet haben, erhalten ihre Kündigung und können in keinem Betriebe Arbeit finden. Arbeitsmangel kann nicht der bestimmende Grund der Entlassungen sein. Denn jeden Tag werden neue Arbeiter eingestellt. Den Vortheil von dieser „Verjüngung“ haben die berühmten Wohlfahrtskassen, denn alle die Leute, die jahrelang ihre Beiträge zu den Kassen — zur Pensionskasse monatlich 1,50 bis 2 Mk. — gezahlt haben, haben nun das Nachsehen; sie erhalten nichts zurück und können auch nicht Mitglieder der Kasse bleiben, wenn ihnen gekündigt ist. Das ist der Segen der „Wohlfahrtskassen“ Krupp'scher Art.

Der Konsumverein in Halle faßte den Beschluß, nur mit solchen Bäckermeistern in Geschäftsverbindung zu treten bezw. zu bleiben, welche die von den organisierten Bäckern aufgestellten Forderungen bewilligt haben.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Neustadt a. d. Saardt (Rheinpfalz) wurden bei den Arbeitnehmern, da die Fisch-Dunkerianer diesmal eine Liste nicht aufgestellt hatten, die von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Kandidaten einstimmig gewählt.

Die Gleichberechtigung der Frau macht in Amerika geradezu rasende Fortschritte. Zahlen sprechen. Im Jahre 1870 gab es nur einen einzigen weiblichen Architekten, heute gibt es deren 53. Die Zahl der Schriftstellerinnen ist von 159 auf 3163 in derselben Zeit gestiegen, die der weiblichen Pastoren von 67 auf 1522 und Zahnärztinnen gibt es jetzt 417 gegen 24. Noch bezeichnender ist nachstehende tabellarische Aufstellung. Es gab:

	1870:	1897:
Journalistinnen	35	1486
Advokatinnen	5	471
Beamtinnen	414	6712
Ärztinnen	527	6882
Theater-Direktorinnen	100	948
Buchhalterinnen	—	43071
Sekretärinnen	8016	92824
Seherinnen	7	52000

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Nach dem Genus von Pferdefleisch erkrankten in Wilhelmshaven mehrere Personen. Ein Arbeiter starb. — Wegen fahrlässiger Tödtung verurtheilte die Strafkammer in Hannover den Dr. med. Georg Krusche aus Wunstorf, langjährigen Arzt der Landarmenanstalt Wunstorf, zu drei Monat Gefängniß. Krusche hat in seiner Stellung als Arzt der Abtheilung für Selbstverletzte einen sehr widerwilligen Kranken, den Schlosser Engelter, dadurch getödtet, daß er ihm 20 Minuten lang eine sehr starke kalte Douche verabsolgen ließ. — Das Museum für Vögelkunde in Berlin hat aus Nord-West-Australien von einem am Fortescue-River wohnenden Stamme eigenartige Schilde und Wurfretter erworben, die sich durch eine für Neuholand außerordentlich reiche Ornamentik auszeichnen. Die Sprache des Stammes ist außerordentlich primitiv. Der Stamm zählt nur bis 3, 4 ist 2 + 2, 5 ist 2 + 2 + 1 und 6 ist schon

„Gar nicht, gar nicht!“ rief Parker beinahe heftig. „Ruhe will ich haben, Ruhe!“

Der Agent drehte verblüfft den schwarzen Cylinder in der Hand.

„Aber Sie werden doch nicht plötzlich Ihrer Karriere entzogen... eines Schnupfens wegen. Sie haben diese in letzter Zeit ohnehin mehr vernachlässigt, als klug ist. Die ausländische Presse nennt Ihren Namen nur noch selten. Ihr Stern ist im Abnehmen begriffen, auch hier in der Residenz wird bald nur von Clara Gart gesprochen werden. Um ein kurzes — und Sie sind vergessen.“

„Wollte Gott, ich wäre es schon,“ preßte Parker zwischen den Zähnen hervor.

Und obwohl er kurz vorher gesagt, daß ihm seine Karriere gleichgültig, bezüglich ihn doch eine feltkame, peinigende Empfindung bei dem Gedanken, daß er in nicht ferner Zeit abgethan sein würde, während Claire immer größerem, blendenderem Ruhm entgegenging. Er hätte plötzlich aus dem Bett springen, aus dem Krankenzimmer auf das Podium eilen mögen, um ihnen allen zu zeigen, daß er noch nicht das letzte Wort in seiner Kunst gesprochen, daß er sich noch nicht überlebt hatte, und daß die hämischen Parallelen zwischen seinem Schicksal und dem seiner ersten Frau vorzeitig gezogen wurden. Ein fieberhafter Glanz leuchte in seine matten Augen zurück.

„Man hat noch nicht das Recht, mich zu vergessen, lieber Fuchs,“ sagte er schroff, — „ich werde dem guten Publikum schon beweisen, daß ich...“

Übermüht erschütterte ein heftiger Hustenanfall seine hagere Gestalt. Der Agent erschraf.

„Nein, nein... pflegen Sie sich nur jetzt... Das Konzert kann ja nächstes Frühjahr stattfinden, bis dahin hat die Gart ihre russische Tournee absolviert und kehrt mit neuen Lorbeeren zurück. Das soll dann ein Montre-Konzert werden, mit einer Montre-Einnahme.“

Parker antwortete nicht mehr.

Er war zurückgefallen in die Kissen und hatte die Augen geschlossen.

## Carriere.

Roman von Olga Wohlbrück.

28. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Nicht wahr, es mag unwahrscheinlich klingen, daß das Vatergefühl so plötzlich erwacht, und doch verschwinden in mir dagegen alle anderen Gedanken. Es ist, als müßte, als dürfte ich jetzt nur meinem Kinde leben, nur meinem Kinde. Und doch soll ich kein Recht an das Kind haben. Habe ich dieses Recht wirklich verwirrt? Ganz verwirrt?“

Seine milben Augen richteten sich angstvoll auf Therese. Es erfolgte keine Antwort.

Parker seufzte schwer auf, aber er wagte es nicht mehr, eine direkte Frage zu stellen. Es blieb still in dem großen, düsternen Schlafzimmer. Therese drückte den Kopf in die Ecke des Lehnstuhls, aber ihre Augen verließen nicht das hagere, blasse Antlitz Parkers. Eine unendliche Abspannung lag auf seinen Zügen, mir ein dann und wann aufflackernder Blick bewies, daß er nicht gedankenlos dalag, daß ihn im Gegenheil eine schwere Frage beschäftigte.

Erst gegen Morgen schlief er ein.

„Wie fühlst Du Dich?“ fragte Therese besorgt an sein Bett herantretend.

Er lächelte trübe.

„Ich bin müde,“ gab er zur Antwort.

„Fuchs ist eben gekommen und möchte Dich sprechen — willst Du ihn empfangen?“

Parker konnte eine Bewegung des Mißmuths nicht unterdrücken.

„Was will er noch von mir? Ach so... das Konzert.“

„Darf ich ihn hereinführen?“

Parker zuckte die Achseln.

„Offentlich zum letzten Mal!“ murmelte er. Dann nickte er müde und richtete sich in den Kissen auf.

Therese trat an die Thür, die sie leise öffnete.

„Ich bitte, Herr Fuchs...“

„Viel.“ — Von einem mit 26 Wagen und 2 Maschinen von Berghelm nach Sorrem (Rheinprovinz) fahrenden Güterzuge der Kreisbahn entgleisten eine Maschine und zehn Wagen, welche vollständig zerstört den Damm hinabstürzten. Der Fahrer sowie der Maschinist der ersten Maschine wurden schwer verletzt in's Hospital gebracht, ein Beamter ist leicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend, der Verkehr wurde durch Umstellen ausreicht erlassen. — Der Winter hat auf den Höhen der Hochwaldausläufer bei Trier ein frühzeitiges Opfer gefordert. Sonntag Morgen fand man zwischen Fegen und Pellingen die Leiche eines Fuhrmannes aus Herxroren am Wege liegen. Der Verunglückte war unterwegs von seinem Wagen abgestiegen und vermutlich eingeklappt. Das zertrümmerte Fuhrwerk mit dem unverletzten Pferde fand man in einer Sandgrube. — In Graßgriff ein Korrespondent einer Wiener Zeitschrift, ein junger Kaufmannssohn, eine Operettenkomponistin in seinem Blatte in Standeslose Welle an. Die Komposition erwies sich als schlagfertig und prägte bei der Theaterkasse den Jüngling mit einer Hundepetische, während ihn zwei Kollegen der Sängerin, da er ausfallen wollte, festhielten. — Nach dem Mittagessen im Kasino zu Füssen (Lugana) erkrankten 26 Offiziere der Garnison. Die Untersuchung ergab, daß die Fleischwurst giftige Wurst enthielt. — Weil er keine Altersrente bekommen hatte, erschoss sich der 78 Jahre alte Wittiger Adamowski in Wapau (Kreis Thorn). — Dynamit-Attentat. Vor dem Hause des Hausbesizers und Stubenputzers Florian zu Bogutschitz erfolgte Montag Nacht eine furchtbare Detonation. Als man nach der Ursache forschte, fand man, daß ein Dynamit-Attentat gegen Florian geplant war; 47 Fensterscheiben waren zertrümmert. Die sofort vorgenommene Hausreinigung soll von Erfolg gewesen sein, da man in einer Wohnung eine Ähnlichkeit fand. Das Attentat hängt, der „Kathol. Bzg.“ zufolge, wahrscheinlich mit dem Kravall bei der letzten Reichstagswahl zusammen, dessentwegen für Dienstag vor dem Schwurgericht in Denten Termin angesetzt war, bei dem Florian als Hauptbelastungszeuge vernommen werden sollte. — Eine furchtbare Naphta-Explosion fand, wie der „Post“ gemeldet wird, in der Fabrik zu Alexandrowstaja (Rußland) statt in Folge der Unvorsichtigkeit eines Arbeiters, welcher bei der Entleerung zwei auf Schienen vor der Fabrik stehenden Naphtafachernwaggons mit brennender Cigarre zu nahe herantat. Der unvorsichtige Arbeiter und elf andere blieben auf der Stelle todt; acht Arbeiter wurden schwer, fünf leicht verwundet. Der durch die Explosion entstandene Fabrikbrand wurde in zwei Stunden gelöscht. — Schneefälle in England. Aus Nord-England, den mittleren Grafschaften und Wales laufen Berichte über heftige Schneefälle ein, welche den Verkehr zeitweise unterbrechen. — Niedergebrannt ist in San Francisco das Baldwinhotel und Baldwintheater. Die Gäste sprangen aus den Fenstern, wobei mehrere schwer verletzt wurden, eine Person ist gestorben, sowie auch mehrere Bedienstete des Hotels. Der Schaden wird auf eine Million Dollars geschätzt. — Die Pest in Samarkand. Nach amtlicher Nachricht aus Samarkand sind in Anisob in den letzten Tagen keine neuen Erkrankungen an der Pest vorgekommen. Auch in den benachbarten Ortsteilen ist der Gesundheitsstand gut. — Krage und Manschetten aus Aluminium sind in Nigeria in den Handel gekommen.

Schnitz gegen Schulkente ist noch immer gar dringend nötig, wie nachstehender Fall beweist: Am 2. Pfingsttag verbreiteten Genossen in dem Städtchen Pr. Stargardt (Westpreußen) Flugblätter. Bei zwei Genossen wurden auf offener Straße die Flugblätter konfisziert, die beiden Vertheiler verhaftet und mit Säbelhieben traktiert. Nach einiger Zeit bekamen die Weiden Anklagen, Genosse Kolodczinski wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Genosse Mania wegen desselben Vergehens, außerdem wegen verbotener Befreiung eines Gefangenen und wegen öffentlicher Beleidigung. Vor dem Schöffengericht zu Pr. Stargard machte der Polizeiergeant Brelentzien so belastende Auslagen, daß Kolodczinski zu einem Monat, Mania zu einem Monat und einer Woche Gefängniß verurtheilt wurden. Beide legten Berufung ein. Bei der dieser Tage vor einer Danziger Strafkammer stattfindenden Verhandlung stand ihnen ein Rechtsanwalt zur Seite. Derselbe ließ bei Eintritt in die Verhandlung feststellen, daß die Konfiskation der Flugblätter, zu welcher der Polizeikommissar Fiedler den Befehl gegeben hatte, ungesetzlich war. Der Hauptbelastungszeuge, Polizeiergeant Brelentzien, hat inzwischen wegen einer schweren Mißhandlung eine einjährige Gefängnißstrafe erhalten und befindet sich jetzt im Irrenhause, da er geisteskrank sein soll. Der zweite Beamte, welcher bei der Verhaftung unserer Ge-

nossen mitgewirkt hatte, wollte sich vor Gericht nicht mehr erinnern können, weshalb die Verhaftung erfolgt sei. Mit aller Entschiedenheit bestritt er anfänglich, mit dem Säbel geschlagen zu haben. Als er vom Vorsitzenden eindringlich ermahnt wurde, die Wahrheit zu sagen und er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er die Aussage verweigern könne, wenn er fürchte, sich zu belasten, machte er vom Recht der Zeugnißverweigerung Gebrauch. Zugaben mußte er, daß die Verhafteten sich nicht im Geringsten widersetzt haben. Durch eine Reihe von Zeugen wurde dann festgestellt, daß unsere Genossen von dem Polizeiergeant Brelentzien auf der Straße angehalten wurden, um ihm ein Flugblatt zu geben. Brelentzien riß sofort die in der inneren Brusttasche Kolodczinski steckenden Flugblätter so heftig heraus, daß die Tasche und das Rockfutter herausgerissen wurden. Dann verhaftete er ohne Grund die Weiden. Beim Transport mußte der zweite Beamte Fenski helfen. Beide schimpften laut, stießen und schlugen schließlich die Arrestanten mit dem Säbel, trotzdem dieselben ruhig mitgingen. Mania erhielt einen so heftigen Säbelhieb, daß er zu Boden stürzte. Einer der zahlreichen Männer, welche dem standhaften Treiben der Beamten zusahen, machte eine Bemerkung, wofür er einen verben Stoß erhielt. Mania gab zu, daß er den Brelentzien „Schuft“ genannt habe, als ihn dieser mißhandelte. Der Vertheidiger Rechtsanwält Fabian geißelte das Verhalten der Beamten auf's Schärfste und forderte Freisprechung der Angeklagten sowie Uebernahme aller denselben entstandenen Kosten auf die Staatskasse. Der Staatsanwalt erklärte, daß er keine Strafe beantragen könne außer für Mania eine Geldstrafe von 5 Mark wegen Beleidigung. Das Gericht sprach Kolodczinski frei unter Uebernahme sämtlicher Kosten auf die Staatskasse. Mania wurde zu einer Geldstrafe von 3 Mark wegen des Wortes „Schuft“ verurtheilt.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde am Montag in Berlin Carl Franke, der schon 6 Jahre im Arbeitshause zugebracht hat, zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt. Er hatte an den Kaiser einen Brief gerichtet mit sinnlichen Betrachtungen über die Schlechtigkeit der Welt. — In Frankfurt a. D. ist der Korbmacher Theod. Siwert aus Soffenthal wegen Majestätsbeleidigung zu einer einjährigen Gefängnißstrafe verurtheilt worden. — Wegen Beleidigung des Prinzregenten von Bayern wurde in München der 67 Mal vorbestrafte Schneider Martin Niggel zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Mann schimpfte, um ins Gefängniß zu kommen.

Die Justiz im Klassenstaat. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung (Bedrohung von Arbeitswilligen) sind in Eisenach zwei Innungsmeister zu je einem Tag Gefängniß verurtheilt worden, weil sie einen außerhalb der Innung stehenden Maurermeister, der seinen Arbeitern die geforderte Löhnerhöhung bewilligt hatte, während des Maurer- und Zimmererstreiks in diesem Frühjahr in einem Brief vorgeworfen hatten, er hätte sein Ehrenwort gebrochen und gedroht hatten, daß die Innung, falls er sein Mandat ausführe — gemeint waren die Konzeptionen an die Arbeiter — sofort zur Kennzeichnung seiner Persönlichkeit und Handlungsweise mit der Sache an die Öffentlichkeit treten werde. — Eine sehr gelinde Strafe, wenn man die in letzter Zeit gegen streikende Arbeiter gefällten Urtheile in vergleichende Betrachtung zieht. Es ist eben für die Verfechter des Klassenstaats etwas Schönes um den herrlichen „Rechts“grundsatz: Wenn Zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe.

Nachweisen zur Reichstagswahl. Wegen Vergehens der vorjährigen gefährlichen Körperverletzung hatte sich Genosse Eduard Fuchs, Redakteur des „Süddeutschen Postillon“, vor dem Schöffengericht in München zu beantworten. Wie Fuchs zu dieser Anklage kam ist aus

folgendem Thatbestand zu ersehen. Es war am Tage der Reichstagswahl, am 27. Juni, als Gen. Fuchs in der Neuhäuserstraße den Schänkelner Tisch von der Augustinerbrauerei beobachtete, wie er sämtliche angeklebten Wahlaufsätze der sozialdemokratischen Partei abriß und vernichtete. Fuchs stellte den ordnungsliebenden Schänkelner wegen seines Benehmens zur Rede und da dieser mit einer unverschämten Antwort erwiderte und seine staatsretterische Thätigkeit fortsetzte, verabsolgte ihm Fuchs einige wohlverdiente Ohrfeigen. Der so „schwer“ verletzte angehende Ordnungsmann Tisch behauptete in der Hauptverhandlung am Sonnabend, daß er in Folge der Bückstimmung heftig geblutet habe und drei Wochen arbeitsbeschränkt (11) gewesen sei. Fuchs, der augenblicklich eine mehrmonatliche Strafe wegen Majestätsbeleidigung verbüßt, erklärte in seiner kommissarischen Vernehmung, daß er sich im Born über die bübische Handlungsweise habe fortreißen lassen. Das Gericht nahm in Rücksicht auf die begreifliche Erregung des Angeklagten mildernde Umstände an und verurtheilte den Attentäter Fuchs zu 30 M. Geldstrafe. Wird nun auch der staatsretterische Plakatbrecher bestraft.

Aus dem Reichs-Versicherungsamt. Der belgische Staatsangehörige Breuer hatte im Betriebe einer deutschen Firma einen Unfall erlitten, an dessen Folgen er bald darauf starb. Breuers Familie hielt sich zur Zeit des Unfalls zu Neutral-Moresnet auf; da nun nach § 6 des Unfallversicherungsgesetzes die Hinterbliebenen eines Ausländers, die zur Zeit des Unfalls nicht im Inlande wohnten, keinen Anspruch auf Rente haben, so fragte es sich, ob Neutral-Moresnet als Ausland anzusehen ist. Das Schiedsgericht hatte die Berufsgenossenschaft zur Rentenzahlung verurtheilt und sich der Ansicht des Regierungspräsidenten angeschlossen. Dieser erklärte, daß nach einem Vertrage von 1816 sei das fragliche Gebiet einer gemeinschaftlichen Verwaltung unterstellt worden. Im Charakter des Gebietes als eines zwischen Preußen und Belgien freitigen, habe sich bisher nichts geändert. In der Praxis der Gerichte und Verwaltungsbehörden sei die Ansicht herrschend, daß weder die Verfassung und Gesetzgebung des preussischen Staates, noch die des Deutschen Reiches im neutralen Gebiet Geltung erlangt habe, daß vielmehr dort lediglich die zur Zeit der Zugehörigkeit des Gebietes zu Frankreich erlassenen Gesetze in Kraft ständen. Das Gebiet werde aber in der Praxis seit einigen Jahrzehnten als Inland angesehen; die preussischen Gerichte seien auch in Straffachen und bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten der Bewohner des neutralen Gebietes neben den belgischen Gerichten zuständig. Hiernach werde auch das Gebiet von Neutral-Moresnet im Sinne des § 6 des Unfallversicherungsgesetzes als Inland angesehen werden können. Das Reichs-Versicherungsamt hob aber die Entscheidung des Schiedsgerichts auf und wies den Rentenanspruch ab, da Neutral-Moresnet als Ausland anzusehen ist.

Geiteres. Bei dem Rechtsanwält. „Ja, mein Lieber, wenn Ihr den Thatbestand nicht beschwören könnt, wird das die Gegenpartei thun und dann verlieren wir.“

„Da brauchst loo Angst, Herr Advokat, dö san von unsern Dorf; da schwört niemand, weil 's ganz Dorf Ehrverlust hat.“ —

### Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 9. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Ein Sturm im Glase Wasser. — Das schweizerische Fabrikgesetz nach zwanzigjährigem Bestand. Von Otto Lang. — England und Frankreich. Von Ed. Bernstein. — Für das böhmische Staatsrecht. Von Friedrich Stampfer, Wien. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: Aesthetische Streifzüge. Von Franz Wehring.

Der Agent verabschiedete sich. Er war kein großer Beobachter, aber es konnte ihm doch nicht entgehen, wie fast Theresens Hand war, wie schmerzlich verzogen ihr Gesicht. Es ward ihm plötzlich nicht recht geheuer in dem Krankenzimmer, aber als er die Hand auf die Thürklinke legte, rief der Kranke leise seinen Namen. Fuchs wandte sich um. Parker hatte Theresens Hand ergriffen und hielt dieselbe mit krampfhaftem Druck fest. Die Frau beugte sich über ihn in namenloser Sorge. „Wann reist sie?“ fragte Parker. „Wer? . . . Ach so . . . die Gart . . . in acht Tagen beiläufig; soll ich ihr etwas von Ihnen bestellen?“ „Nein, nein, es ist schon gut so . . .“ murmelte Parker und wendete den Kopf zur Seite. Raum war der Agent zur Thür hinaus, als Parker seinen Kopf in die Kissen vergab, um einen Hustenanfall zu erstickten. „Schöne dich!“ bat Theresen angstvoll. „Er stieß sie von sich, zornig die Hände ballend. „Du verstehst mich nicht, kannst mich nicht verstehen . . . du weißt nicht, was diese Abreise für mich bedeutet . . .“ „O doch, doch!“ Theresen war abermals an ihren Mann herangetreten und fuhr ihm mit der Hand über das rothblonde Haar. „Doch . . . doch . . . du denkst an das Kind, du willst es nicht missen all die lange Zeit hindurch.“ „Nein, Theresen, ich will es nicht missen . . . ich sehne mich nach einem bischen Glück, nach jenem Glück, das mir nur noch mein Kind gewähren kann, und um das ich mich nicht bringen lasse, die letzte kurze Zeit meines Lebens.“ „Es klang etwas düster Prophetisches aus den letzten Worten. Theresen schauerte zusammen. „Du sollst es auch nicht missen!“ sagte sie fest und bestimmt.

Neunzehntes Kapitel. Eine Stunde später befand sich Theresen abermals auf dem Wege nach Claires Hotel. — Diesmal war Edith mit dem Großvater ausgegangen, die junge Frau saß allein am Schreibtisch im Salon und kramte in alten Papieren, die sie einer rothen Suchtenmappe entnommen. Claire zuckte zusammen, als ihr Frau Parker gemeldet wurde, sie erhob sich und ging der Eintretenden schweigend Schrittes entgegen. Theresen erschrak vor der Blässe ihres Gesichtes. „Sie bringen doch keine Trauerbotschaft“, fragte Claire statt jeder Begrüßung mit bleichen Lippen, und als Theresen verneinend den Kopf schüttelte, athmete sie auf, ihr Antlitz wurde ruhig, gefast, und sie lud Theresen mit einer Handbewegung zum Sitzen ein. Eine Weile saßen sich die beiden Frauen schweigend gegenüber. „Ich komme abermals als Bittende zu Ihnen“, begann endlich Theresen, indem sie ihren Schleier noch tiefer auf das Gesicht herabzog. Claire zog kaum merklich die Brauen zusammen, dann sagte sie, indem sie es vermied, Theresen anzusehen: „Ich kann mir denken, daß es sich abermals um Edith handelt. Ich muß Ihnen aber gestehen, gnädige Frau, daß ich das Kind nicht gerne wieder einem solchen aufregenden Tag aussehe, wie es der gestrige war. Ich hatte nicht das Herz, Ihnen gestern ein Nein entgegenzustellen — heute müßte ich es, in Hinblick auf mein Kind, dessen sensitives Gemüth dergleichen Aufregungen nicht gewachsen.“ „Ich bin nicht gekommen, um mir das Kind für einen Tag auszubitten, sondern . . .“ „Sondern?“ . . . wiederholte Claire, ihre schönen braunen Augen erkaunt auf Theresen heftend.

„Sondern . . .“ Theresen zögerte eine Weile, dann sagte sie hastig, als könne sie nicht rasch genug über die Unnormität ihres Wunsches hinwegkommen, „sondern für die ganze Dauer Ihres Aufenthaltes in Rußland.“ Claire verneinte schlecht gehört zu haben. „Ich soll Ihnen Edith die ganze Zeit überlassen? Das ist eine feltame Zumuthung, gnädige Frau,“ setzte sie mit ungläubigem Lächeln hinzu. „Eine Zumuthung, die ich eben nur an eine Frau wie Sie find, stellen darf!“ gab Theresen zur Antwort. Sie fühlte plötzlich ihren Muth wachsen und ergriff die Hand der jungen Frau. „Seien Sie gut!“ bat sie, indem Thränen ihre Augen füllten, rächen Sie sich nicht an einem Mann, der sich zwar schwer gegen Sie vergangen, der aber jetzt übermenschlich leidet, und dem vielleicht nicht mehr viel Zeit gegeben, seine Schuld zu sühnen.“ Claires Hand erbebte. „Er ist schwer krank?“ fragte sie tonlos. „Jetzt ist er allerdings krank, aber wenn er auch genesen kann, so wird diese Genesung kaum von langer Dauer sein. Er hat nicht mehr den Willen zum Leben, nur der Gedanke an sein Kind richtet ihn noch auf. Seitdem er zum ersten Male gesehen, ist er wie verwandelt. Hätte er den Muth dazu, er würde Sie auf den Knien beschwören, es ihm nicht ganz zu entziehen. Ich — die ich am wenigsten berechtigt wäre, es zu thun — beschwöre Sie — er innern Sie sich der Zeit, da Sie eine wärmere Empfindung für den armen, unglücklichen Mann hegten — Ihre Liebe hat nicht in Paß umgeschlagen, also sind Sie unfähig, sich zu rächen!“

(Fortsetzung folgt.)